

Rathaus- Korrespondenz

gegründet 1861



mittwoch, 16. dezember 1970

blatt 3965

wieder betriebsansiedlung in wien

4 wien, 16.12. (rk) wie stadtrat h i n t s c h i g in seinem referat als berichterstatter der geschaeftsgruppe liegenschaftswesen mittwoch vormittag mitteilte, ist es gelungen, einen neuen grossen betrieb in wien anzusiedeln. die schweizer firma kely, die sich vorwiegend auf die erzeugung von snackartikeln - chips etc. - spezialisiert hat, wird auf einem 18.300 quadratmeter grossen grundstueck in der julius ficker-~~strasse~~ in floridsdorf einen betrieb errichten.

der vertrag ueber die ansiedlung dieses unternehmens wurde diensttag zwischen der firma und der wiener betriebsansiedlungsgesellschaft unterzeichnet. die verhandlungen mit der firma kely wurden acht monate lang gefuehrt. mehrere standorte innerhalb europas standen zur diskussion.

in der ersten ausbaustufe wird die firma 35 millionen schilling investieren und rund 100 personen beschaeftigen. rund 300 millionen schilling umsatz werden erwartet. fuer die zweite ausbaustufe will das unternehmen 85 millionen investieren und 200 personen beschaeftigen. nach dem endausbau rechnet die firma mit einem umsatz von 700 millionen schilling.

bei dieser art von lebensmittel betraegt die jaehrliche umsatzsteigerung derzeit zwischen 25 und 40 prozent. das unternehmen ist sehr kapitalintensiv, die produkte werden im gesamten efta-raum verkauft.

0855

Ringstraße soll Einbahn werden
=====

6. Tag der Budgetdebatte, 1. Referat

Verwaltungsgruppe IX (Baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten)

Referent: Stadträtin Dkfm. Dr. Maria Schaumayer (ÖVP)

Einnahmen: 134,086.800 Schilling, Ausgaben: 262,474.500 Schilling.

Wien, 16.12. (RK) Öffentliche Beleuchtung, Friedhofsverwaltung und technische Verkehrsangelegenheiten sind die Schwerpunkte der Geschäftsgruppe IX, die vor allem budgetmäßig ins Gewicht fallen, betonte Stadträtin Dr. Maria Schaumayer zu Beginn ihrer Budgetrede. Die wichtigen Agenden der Baupolizei drücken sich hingegen im Budget weniger aus.

Für die MA 25 als bautechnische und bauwirtschaftliche Prüfungsstelle wird das kommende Jahr voraussichtlich eine starke Inanspruchnahme durch die Wohnbauförderung 1968 bringen. Vorkehrungen sind getroffen, um Förderungsanträge in der Größenordnung von drei Milliarden Schilling (entspricht dem Vorjahr) zu bewältigen.

Auch künftig werde die MA 25 eine objektive Mittlerrolle zwischen Hauseigentümern und Mietern einnehmen. Bei heuer eingereichten Rechnungen in der Höhe von 472 Millionen Schilling konnte eine Preisregulierung von 36 Millionen Schilling erzielt werden. Das Wohnungsverbesserungsgesetz stoße derzeit ebenfalls auf eine gewisse Unsicherheit. Bis Oktober 1970 konnten dem Beirat Anträge über 32,1 Millionen Schilling für Verbesserungen privater Wohnhäuser vorgelegt werden. Die Gemeinde Wien nehme den ihr zustehenden Betrag von 46 Millionen Schilling zur Gänze in Anspruch.

Eine starke Steigerung der Ansuchen um Ölfeuerungsanlagen werde voraussichtlich anhalten und habe für die zuständige MA 35 bereits einen personellen Engpaß gebracht. Mangels geeigneter Bewerber konnten die zusätzlich genehmigten Dienstposten noch nicht besetzt werden.

Auch die Großbauvorhaben der Stadt Wien, wie WIG 74 und U-Bahn-Bau, aber auch große Sportstätten und Straßenbauprojekte, wirken sich auf die Tätigkeit der MA 35 aus.

Neue gesetzliche Grundlagen seien im nächsten Jahr im theaterpolizeilichen Bereich zu erwarten. Die Besprechungen über ein neues Veranstaltungsgesetz seien auf Stadtratsebene abgeschlossen. Ein neues Veranstaltungsstättengesetz werde derzeit von Beamten vorbereitet. Diese neuen Gesetze seien deshalb von besonderer Bedeutung, da auch in Wien neue Veranstaltungsformen Platz greifen.

Die baupolizeilichen Magistratsabteilungen 36 und 37 warten noch immer - so fuhr Stadträtin Dr. Schaumayer fort - auf eine neue Bauordnung. Während 1970 die private Neubautätigkeit rückläufig war, sei für 1971 wieder eine verstärkte Bautätigkeit zu erwarten. Zahlreiche Bauvorhaben seien derzeit im Planungsstadium.

Durch besondere Wochenenddienste werde die Baupolizei auch künftig die Bautätigkeit überwachen und das wilde Bauen bekämpfen. Erfreulich sei heuer der Rückgang von Baueinstellungsaufträgen, was für eine größere Disziplin spreche. Es gehe bei der seit 1962 laufenden Aktion gegen das wilde Bauen nicht nur um den Schutz der Erholungslandschaft, sondern auch um die Bewahrung bauwilliger Siedler vor wirtschaftlichem Schaden, wenn sie in Unkenntnis mit dem Gesetz in Konflikt kommen.

Der Aufgabenbereich der MA 33 (Öffentliche Beleuchtung) gehe weit über die zur Verfügung stehenden 103 Millionen Schilling hinaus; denn für die Beleuchtung in Betriebsbaugebieten, beim U-Bahn-Bau und auf Autobahnen seien namhafte Summen (rund 25 Millionen) in anderen Rubriken veranschlagt. 1971 werde sich die Beleuchtungsabteilung außerdem auf dringlich gewordene Großinstandsetzungsarbeiten konzentrieren. Ein interessantes Projekt im kommenden Jahr ist die Installierung einer speziellen Beleuchtung im Interesse des Stadtbildes für den Bereich Schottengasse/Freyung nach dem Beispiel des Michaeler Platzes.

Stadträtin Dr. Schaumayer teilte auch mit, daß nun in Zusammenarbeit mit den Magistratsabteilungen 7 und 19 der Prototyp einer Altstadtleuchte, die erstmals in Grinzing installiert werden soll, gefunden wurde.

Schließlich soll 1971 auch das Funksteuerprogramm der zentralgesteuerten öffentlichen Uhren mit dem dafür vorgesehenen Betrag von 500.000 Schilling forciert werden.

In Zusammenhang mit der städtischen Versuchs- und Forschungsanstalt teilte Stadträtin Dr. Schaumayer mit, daß nach langen Verhandlungen vom Finanzreferenten die Zustimmung für eine Weiterführung des Neubaus in der Rinnböckstraße erwirkt werden konnte. Damit sei es nicht nur möglich, die Mitarbeiter aus den unbefriedigenden Arbeitsräumen in der Waschküche des Rathauses zu übersiedeln, sondern auch Aufträge anzunehmen, die bisher wegen der räumlichen Beengtheit nicht durchgeführt werden konnten.

Die Versuchsanstalt werde sich 1971 besonders auf Untersuchungen der Umweltsbedingungen konzentrieren. Dazu gehören die sachgemäße Vernichtung giftiger Stoffe, Messungen der Luftverunreinigung, Überprüfung der Abwasserreinheit und Beseitigung von Lärmquellen, unter denen die Bevölkerung leidet.

Die Qualitätsprüfung im Straßenbau sei ein weiterer wesentlicher Arbeitsbereich, der zusammen mit den Straßenbauabteilungen in Angriff genommen wurde. Hier gelte es, durch Optimierung der Qualität des Straßenbaus erhebliche Folgekosten zu vermeiden. Es sei im übrigen damit zu rechnen, daß auch 1971 die privaten Auftraggeber der Versuchsanstalt gegenüber der Stadt Wien mit zwei Dritteln überwiegen werden.

Mit 31,8 Millionen Schilling habe die MA. 46 ein geringeres Budget als im Vorjahr. Allerdings seien die Beträge für die Unleitungen im Zuge des U-Bahn-Baues anderwärtig budgetiert. Im Interesse einer befriedigenden Verkehrsabwicklung während des U-Bahn-Baues im 1. Bezirk hält Stadträtin Dr. Schaumayer die Erklärungsringstraße zur Einbahn für dringend geboten.

Von besonderer Bedeutung ist im kommenden Jahr die Ausstattung des Matzleinsdorfer Platzes mit einer modernen Wegweiserbrücke. Die Umstellung auf eine dauerhafte Fahrbahnmarkierung werde weiter betrieben. 1971 sei es auch möglich, in Wien erstmals zwei akustische Signalanlagen für Blinde einzurichten.

Einen breiten Raum widmete Dr. Schaumayer in ihrem Budgetreferat der neuen Friedhofsordnung, die nun dem Gemeinderat zur Beschlußfassung vorgelegt wird. Entsprechend dem Wunsch der Bevölkerung, der in zahlreichen Zuschriften und durch eine große Befragungsaktion zum Ausdruck kam, soll das Friedhofswesen künftig stärker als Bestandteil des kulturellen Erscheinungsbildes unserer Stadt gewertet werden. Bei größtmöglicher Wahrung individueller Freiheit soll eine zeitgemäße Friedhofsgestaltung möglich werden. Der Text der neuen Friedhofsordnung sei frei von Odium heuchlerischer Anordnung und von Eingriffen in persönliche Pietätsvorstellungen.

Stadträtin Dr. Schaumayer nannte die zeitgemäßen Verbesserungen: Wegfall der Schachtgräber, Vereinheitlichung der Vorschriften für Erdbegräbnisse und Urnenbestattungen und damit keine Diskriminierung der Kremation, freie Wahl der Grabstelle auf herkömmlich oder neuzeitlich gestalteten Friedhofsteilen, Verlängerungsmöglichkeit des Benützungsrechts bei Familiengräbern, Erwerb von Grabstellen auch zu Lebzeiten, Verständigung über den Ablauf des Benützungsrechtes mittels einer Stecktafel (anstelle des bisherigen Klebezettels).

Mit den neuen Bestimmungen über die Gedenkzeichen wolle man vor allem Steinmetzen, Bildhauern und Künstlern mehr schöpferische Gestaltungsfreiheit geben und damit das Erscheinungsbild der Friedhöfe abwechslungsreicher machen. Es sei zu hoffen, daß das traditionsreiche Steinmetzgewerbe in der Schöpfung neuer Grabsteinformen eine lohnende und interessante Aufgabe erblicken werde.

1971 wird erstmals ein Wettbewerb für Gartenarchitekten zur Neugestaltung der Erweiterungsflächen des Südwest-Friedhofes durchgeführt. Damit sollen neue Wege beschritten werden, um den Wunsch der Bevölkerung nach einem grünen Erscheinungsbild der Friedhöfe gerecht zu werden. Auch soll 1971 beim Tor III des Wiener Zentralfriedhofes eine Mustergruppe geschaffen werden, wodurch die Öffentlichkeit auf die Möglichkeiten einer abwechslungsreichen Grabgestaltung hingewiesen wird. Die bereits bestehende Grabmalschau soll durch Gedenkzeichen für Urnengräber erweitert werden.

Mit einem Schwerpunktprogramm soll überdies die Friedhofsverwaltung in kommenden Jahr die gärtnerischen Anlagen verbessern, Neuanpflanzungen durchführen sowie ansprechendere Rastplätze und Wasserstellen schaffen. Es sei schließlich auch damit zu rechnen, daß im Frühjahr 1971 der geplante Autobusverkehr am Wiener Zentralfriedhof aufgenommen werden kann.

- - -

Vor Garagenbau-boom in Wien
=====6. Tag der Budgetdebatte, 2. Referat

Verwaltungsgruppe X (Liegenschafts- und Zivilrechtswesen; verschiedene Angelegenheiten)

Referent: Stadtrat Dkfm. Alfred Hintschig (SPÖ)

Einnahmen: 140,5 Millionen Schilling, Ausgaben 706 Millionen Schilling.

Wien, 16.12. (RK) Die gewaltigen Anforderungen, die künftig mit der Erneuerung der alten Stadtteile Wiens verbunden sein werden, fordern neue gesetzliche Grundlagen für den Bodenerwerb und die Bodenordnung. Diese Urgenz - nicht zum erstenmal gestellt - strich Stadtrat Dkfm. Hintschig in seinem Bericht in diesem Jahr besonders stark hervor. Für Wien wird die Stadterneuerung zu einer Lebensfrage werden. Je früher und je besser sie im größeren Umfang einsetzt, desto besser für jeden Bewohner, für das Leben und die Wirtschaft in Wien. Solange das Maß aller Dinge für Bauvorhaben im dicht bebauten Gebiet der bestehende Parzellenzuschnitt ist, solange komplizierte Eigentumsverhältnisse größere Sanierungen und Erneuerungen unmöglich machen, solange ein einziger Grundbesitzer wichtige Entwicklungen für tausende Mitbürger blockieren kann, sind zukunftsweisende städtebahliche Zielsetzungen jedoch keinesfalls zu verwirklichen. Österreich hinke einer Entwicklung nach, meinte Stadtrat Hintschig, die in der ganzen Welt längst im Fluß ist. In der deutschen Bundesrepublik, in der Schweiz, in Großbritannien und in den USA wurden in den letzten Jahren fortschrittliche Gesetze beschlossen oder sind Beratungen in den Parlamenten im vollen Gang. Nun wird endlich auch in Österreich in absehbarer Zeit mit dem Entwurf eines neuen Bodenbeschaffungs- und Assanierungsgesetzes zu rechnen sein. Ein modernes und brauchbarer Bodengesetz würde die schwierigen Aufgaben der Stadtentwicklung wesentlich erleichtern. Er hoffe, daß alle Parteien im Wiener Rathaus ein solches Gesetz befürworten werden.

./.

Vom Grundsätzlichen zum Finanziellen: Der Budgetrahmen der Verwaltungsgruppe X wurde gegenüber dem Vorjahr um 21,5 Prozent ausgeweitet. Die Ausgabensumme soll um 125 Millionen auf 706 Millionen steigen. Die prognostizierte Einnahmensumme ist mit 140,5 Millionen gegenüber dem Vorjahr praktisch unverändert.

308 Millionen Schilling sollen im kommenden Jahr für den Erwerb von Grundstücken ausgegeben werden. Der Liegenschaftserwerb steht damit natürlich an der Spitze aller Ausgaben. Für die Feuerwehr - die an zweiter Stelle steht - sind im kommenden Jahr 217,3 Millionen vorgesehen. Der Beitrag zu den Kosten der Bundespolizei wird wie im Vorjahr 130 Millionen betragen.

Ein relativ kleiner Betrag verdient besondere Beachtung: Erstmals sind für dringende kleine Ausgaben der Bezirksvorsteher 500.000 Schilling vorgesehen. Damit können die Bezirksvorsteher künftig eine Fülle von Aufgaben und Verpflichtungen, die mit Kosten verbunden sind, rasch erledigen. Komplizierte Verrechnungswege werden vermieden, den Bezirksvorstehern wird eine ihrer Position entsprechende Handlungsfreiheit eingeräumt. Für diese Aufgaben erhalten die Bezirksvorsteher jährlich 6.000 Schilling. 350.000 Schilling werden den Bezirksvorstehern für die Behebung kleinerer Mängel an den öffentlichen Einrichtungen in ihrem Bezirk zur Verfügung gestellt. Bei der Verteilung dieses Betrages wird die Einwohnerzahl und die Fläche des betreffenden Bezirkes zu gleichen Teilen herangezogen.

Nach den Annahmen der zuständigen Dienststellen werden die Wiener im kommenden Jahr noch mehr Strafmandate zahlen als bisher. Man erwartet einen Zuwachs durch Einnahmen aus Verwaltungsstrafen von 46 auf 51 Millionen. Stadtrat Hintschig ließ keinen Zweifel daran, daß ihm dieser Zuwachs eines Budgetpostens keine Freude macht.

Die Feuerwehr soll 1971 um fast 35 Millionen Schilling mehr als im Vorjahr erhalten. Diese Erhöhung ist vor allem auf steigende Personalkosten zurückzuführen. Wiens Feuerwehr hat in diesem Jahr Rekordleistungen vollbracht. Die Zahl der Einsätze wird heuer vermutlich die Fünfhunderttausender-Grenze überschreiten.

Die Wiener Feuerwehr ist technisch bestens ausgerüstet. Allerdings gibt es noch immer eine große Zahl von Einsatzfahrzeugen, an denen bereits der Zahn der Zeit nagt.

Im Rahmen eines weiteren Zehnjahresprogrammes für die Feuerwehr sollen daher noch sieben Drehleitern, sechs Tanklöschfahrzeuge, fünf Rüstfahrzeuge, vier Zillenfahrzeuge, zwei für den Strahlenschutz ausgerüstete Atemschutzfahrzeuge, fünf Universallöschfahrzeuge und weitere Geräte und Maschinen angeschafft werden.

Zum harten Kern der Verwaltungsgruppe X, dem Liegenschaftswesen, meinte Stadtrat Hintschig: Die großen Aufgaben - der forcierte Ausbau der Stadtautobahn und der Schnellstraßen, die Errichtung neuer Betriebsbaugebiete, die Stadterneuerung, der forcierte U-Bahn-Bau und der Bau von Entwicklungsachsen - werden administrativ, legistisch und finanziell natürlich Auswirkungen haben. Auf administrativem Gebiet ist schon viel geschehen. Die Arbeit wurde gestrafft: So sind nun in einer Abteilung (MA 40) alle Agenden der Grundfreimachung konzentriert, die Verwaltung der städtischen Liegenschaften fällt nun ausschließlich in die Kompetenz der MA 57. Die MA 69 nimmt schwerpunktmäßig den Ankauf, Verkauf und Tausch von Liegenschaften wahr.

Wie stark die Anforderungen in Teilen seiner Geschäftsgruppe gestiegen sind, zeige ein Beispiel: Im Zusammenhang mit Servitutbestellungen für den U-Bahn-Bau wurden im Vorjahr 150 Dienststücke erledigt, heuer waren es 482.

Zum Thema Enteignungsverfahren regte der Stadtrat eine Erweiterung an. Die Grundsätze des Enteignungsverfahrens sollen natürlich gewahrt bleiben, aber wenn es im allgemeinen Interesse liegt, müsse auch zugunsten des sozialen und kommunalen Wohnbaues oder zugunsten Dritter ein Verfahren möglich sein. Weiter müsse man eine Beschleunigung des Verfahrens bei voller Wahrung der Interessen des Einzelnen anstreben.

Der Grunderwerb der Stadt hat sich natürlich auf jene Gebiete konzentriert, wo in Zukunft ganze neue Stadtteile entstehen sollen. Von der Erwerbung zahlreicher Grundstücke entlang der Achse Meidling-Siebenhirten, in Kagran und im Wettbewerbsgebiet Wien-Süd abgesehen, sind zwei Projekte besonders interessant.

Im Vorjahr wurde auf dem Plateau des Bisamberges ein zweites großes Areal angekauft, ein anderes bei der Wiener Hütte in Kaltenleutgeben. Diese Grundkäufe hatten zum Ziel, die "grünen Lungen" für die Wiener auch außerhalb des Stadtgebietes zu erhalten und diese Ausflugsgebiete vor einer Verbauung zu schützen. Die Grundstückstransaktionen in Favoriten sind deswegen schwierig, weil eine große Zahl von Besitzern relativ kleiner Grundstücke vorhanden ist. Hier konnte durch die gute Zusammenarbeit mit der Wiener Landwirtschaftskammer ein bedeutender Erfolg erreicht werden. Es gelang, einen Vertragsabschluß mit einem für alle Verkäufer einheitlichen Preis durchzuführen. Dadurch ersparte man sich mühsame Verhandlungen mit jedem einzelnen Besitzer.

Besonderes Gewicht liegt auf der Schaffung großer neuer Betriebsbaugebiete. In Strebersdorf, beim Auhof, in der Großfeldsiedlung und in mehreren anderen kleineren Gebieten wurden Grundstücke gekauft, aufgeschlossen und wirtschaftspolitisch interessanten Firmen angeboten. Der Erfolg der Betriebsansiedlung mit Hilfe der Stadt Wien kann sich sehen lassen. Insgesamt wurden mit 31 Firmen Verträge abgeschlossen - darunter befinden sich Weltkonzerne wie die ITT, Potter und Sandvik. Diese Firmen haben sich auf einer Fläche von rund 360.000 Quadratmeter in Wien neu angesiedelt. Von 28 dieser 31 Firmen ist bekannt, daß sie in der ersten Ausbaustufe 632 Millionen Schilling investieren und Arbeitsplätze für rund 6.000 Personen schaffen werden. Ein weiterer Vertragsabschluß mit einem Weltkonzern wurde erst vor wenigen Tagen perfekt. Der Unilever-Konzern wird in Simmering auf einer Fläche von 150.000 Quadratmeter eine neue Betriebsstätte errichten. Weitere bedeutende Verträge stehen kurz vor dem Abschluß.

Auch für den Straßenbau müsse in der nächsten Zeit eine große Anzahl von Grundstücken freigemacht werden. Aktuelle Sorgenkinder des Stadtrates auf diesem Gebiet sind die Schließung der Lücke zwischen der Nordostautobahn am Donaukanal und dem Knoten Favoritenstraße der Südbahn, das Straßennetz rund um die WIG 74, der große Straßendurchbruch durch den 2. Bezirk, zwischen der Vorderen Augartenstraße und dem Raum Urania, und die Vorbereitungen für den Bau der Ostautobahn.

Mit dem Verkehrsausbau hängt auch die Schaffung von Großgaragen eng zusammen. Nach längerer Zurückhaltung zeigt sich nun ein verstärktes Interesse für den Garagenbau. Wir sind auf diesem Gebiet ein gutes Stück weitergekommen, stellte der Stadtrat fest. Zahlreiche Bewerber für den Bau von Garagen sind vorhanden. Für die Standorte Morzinplatz, Albertina, Karlsplatz, Secession, Messeplatz und Luegerplatz gebe es zahlreiche Interessenten. In den nächsten Jahren könne man mit einem ausgesprochenen Garagenbau-boom rechnen.

Eine wichtige Reform der Durchführung von Grundtransaktionen zwischen dem Bund und den Ländern in diesem Jahr hat die Arbeit wesentlich erleichtert. Tauschverhandlungen mit dem Bund, die früher jahrzehntelang gedauert haben, können nach der Neuregelung in wenigen Monaten erledigt werden. Die Initiative für diese Vereinfachung war von der Wiener Stadtverwaltung ausgegangen.

Der Berichterstatter bat um Verständnis dafür, daß er bei den beabsichtigten Grunderwerbungen des nächsten Jahres wortkarg bleibt. Die Schwerpunkte liegen jedenfalls bei der Sicherung des Wohnbaues, dem Hochwasserschutz, der U-Bahn, den Straßenbauten und der WIG 74. Insgesamt werden im kommenden Jahr für den Grunderwerb rund 400 Millionen Schilling vorhanden sein. 150 Millionen Schilling stammen aus dem im Jahre 1970 aufgenommenen Darlehen.

Mit Stichtag vom 15. November 1970 besaß die Stadt Wien innerhalb Wiens 14.349 Hektar Grund, außerhalb Wiens 31.788 Hektar.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes.)

- - -

Datenverarbeitung sichert rasche Wohnungsvergabe
=====6. Tag der Budgetdebatte, 3. Referat

Verwaltungsgruppe XI, (Wohnungswesen)

Referent: Stadtrat Reinhold Suttner (SPÖ)

Einnahmen: 2.105,000.000 Schilling, Ausgaben: 2.756,000.000 Schilling.

Wien, 16.12. (RK) Einleitend gab Stadtrat Reinhold Suttner einen Überblick über die bisherige Gebarung der Wohnbauförderung 1968. Für die Jahre 1968 bis 1970 standen dem Land Wien inklusive der Eigenmittel 3.051 Millionen Schilling zur Verfügung. Im Beirat wurden Ansuchen für 4.070 Millionen positiv begutachtet, von denen 3.102 Millionen Schilling in der Landesregierung genehmigt und 2.613 Millionen Schilling zugesichert wurden.

Die verschiedentlich geäußerten Behauptungen, daß Wien bei der Wohnbauförderung anderen Bundesländern nachhinke, widerlegte Stadtrat Suttner durch aufschlußreiche Gegenüberstellungen. So betrug die Dotierung des Bundes für die Wohnbauförderung im Jahr 1968 unter Zugrundelegung der direkten Budgetmittel, der Wohnbauförderungsbeiträge und Anleihen 3.476 Millionen Schilling, was einer Kopfquote von 491 Schilling je Einwohner entspricht. Die Bundesländer ohne Wien haben 1968 626,200.000 Schilling an Budgetmittel für den Wohnungsbau aufgewendet, das sind 114 Schilling je Einwohner. Wien hat dem Wohnungsbau im genannten Jahr 1.526,900.000 Schilling zugeführt, das entspricht einer Kopfquote von 938 Schilling.

Während also der Bund und alle Bundesländer außer Wien zusammen 605 Schilling je Einwohner für den Wohnungsbau ausgegeben haben, waren es in Wien allein 938 Schilling pro Kopf.

Von 1946 bis 1967 hat der Bund 34.752 Millionen Schilling für den Wohnbau zur Verfügung gestellt, das sind 4.912 Schilling je Einwohner. Die Länder ohne Wien haben in der gleichen Zeitspanne 5.351 Millionen Schilling aufgewendet, also 983 Schilling pro Kopf der Bevölkerung.

./.

Demgegenüber hat Wien von 1946 bis 1967 den Betrag von 14.233 Millionen Schilling oder 8.745 Schilling je Einwohner für den Wohnungsbau aufgewendet.

Dem Vorwurf, das Land Wien horte Förderungsmittel, während andere Länder bereits Vorgriffe auf kommende Jahre machen müßten, begegnete Stadtrat Suttner mit dem Hinweis auf die unterschiedliche Situation. In einer Reihe von Bundesländern liegt das Schwergewicht der Förderung beim Eigenheim, beim Einfamilienhaus. Wien müsse demgegenüber eine Schwerpunktbildung im Wohnungsbau anstreben, um nach den Intentionen der Stadtplanung zum richtigen Zeitpunkt massiv größere Bauvorhaben zu realisieren, weshalb man um Rücklagenbildung nicht herumkomme. Im Interesse einer planvolleren Verwendung der Förderungsmittel sei die Absicht der Bundesregierung zu begrüßen, die Verwendung der Wohnbauförderungsmittel innerhalb eines Fünfjahresplanes vorzusehen.

Zum Wohnungsverbesserungsgesetz, das mit 31. Dezember 1971 befristet ist, stellte Stadtrat Suttner fest, daß dem Land Wien für 1970 insgesamt 10,389.000 Schilling für Annuitätenzuschüsse zur Verfügung standen, womit Darlehen für Wohnungsverbesserungen im Ausmaß von rund 186 Millionen Schilling gestützt werden konnten. Für 1971 stehen 20,778.000 Schilling zur Verfügung. Bisher sind 504 Anträge eingereicht worden, von denen 412 mit einem Darlehensbetrag von 110,8 Millionen Schilling genehmigt wurden. Bis 30. September 1971, dem letzten Termin der Einreichung, können noch Begehren für die Stützung von Darlehen im Gesamtausmaß von rund 261 Millionen Schilling gestellt werden.

Dann kam Stadtrat Suttner auf die Wohnungsvergabe zu sprechen. Im Jahr 1970 konnte die Einspeisung der gesamten Wohnwerberakte in die elektronische Datenverarbeitung abgeschlossen werden. Durch eine sehr breite Aufschlüsselung aller entscheidenden Daten der einzelnen Wohnwerber ist es möglich geworden, die Zuweisung der Wohnungen nicht nur wesentlich gezielter, sondern auch rascher als bisher vorzunehmen. Darüber hinaus werden wertvolle statistische Unterlagen für verschiedene Belange des Wohnungswesens und der Planung gewonnen.

Allein in diesem Jahr konnten durch das Wohnungsamt 10.025 Wohnungen vergeben werden. Auf Grund der Computerauswertung

wurde insbesondere darauf Wert gelegt, jene Fälle zu lösen, die bereits länger vorgemerkt waren.

Mit 1. Dezember 1970 sind nur mehr 2.750 Wohnwerber länger als drei Jahre vorgemerkt. 1.903 haben ihre Vormerkung 1968 erhalten, 2.633 im Jahre 1969 und bei 8.973 besteht erst seit heurigem Jahr eine Vormerkung. Mit 1. Dezember betrug die Zahl der Wohnungssuchenden insgesamt 16.259.

Der starke Rückgang der Vormerkungsfälle ist unter anderem darauf zurückzuführen, daß ein nicht unbeträchtlicher Teil der Wohnungssuchenden bei Genossenschaften untergebracht werden konnte. Heuer wurden dem Wohnungsamt auf Grund der Bestimmungen des Wiener Wohnaufonds 498 Genossenschaftswohnungen zur Verfügung gestellt. Seit dem Bestehen der Informationsstelle (1968) konnten insgesamt 9.105 Zuweisungen an gemeinnützige Bauvereinigungen getätigt werden.

Im Sommer dieses Jahres wurde erstmals der Versuch der Vorvergabe unternommen, das heißt, die Wohnungen wurden den Berechtigten bereits zu einem Zeitpunkt zugewiesen, in dem der Bau noch nicht fertiggestellt war. Das hat Vorteile sowohl für den Wohnungssuchenden wie auch für die Verwaltung. Der Vorteil für den Wohnwerber liegt darin, daß er in Ruhe die finanziellen Probleme erledigen und die notwendigen Anschaffungen an Mobiliar planen kann. Für die Verwaltung besteht der Vorteil darin, daß die Vergabe gleichmäßiger - ohne Rücksicht auf einen plötzlichen Anfall von fertiggestellten Objekten - vorgenommen werden kann.

Da dieser Versuch von den Wohnungssuchenden durchaus positiv aufgenommen wurde, ist die Magistratsabteilung 50 dazu übergegangen, in stärkerem Maß Wohnungen vor der Baufertigstellung zu vergeben. In dieses System wurden bereits die großen Wohnhausanlagen in der Per Albin Hansson-Siedlung und in der Großfeldsiedlung einbezogen.

Abschließend kam Stadtrat Suttner auf den Personalstand zu sprechen. Bei der Magistratsabteilung 50, die laut Dienstpostenplan über 144 Bedienstete verfügt, strömt der größte Teil aller Wohnungssuchenden unserer Stadt zusammen. Von ihr werden jährlich 10.000 Wohnungen vergeben, über zwei Milliarden Schilling an Fondsmittel verwaltet und die entsprechenden Anträge dazu bearbeitet. Daneben ist diese Abteilung Aufsichtsbehörde über

104 gemeinnützige Wohnbauvereinigungen und hat auch alle rechtlichen Belange des Wohnungswesens zu erledigen.

Die Magistratsabteilung 52 hat in allen Fällen, wo eine Zuweisung erfolgte, die Mietverträge abzuschließen. Ihr obliegt mit 292 Bediensteten die gesamte Verwaltung von 183.000 Mietobjekten, in denen zumindest soviele Menschen wohnen wie im gesamten Bundesland Salzburg, nämlich 350.000 bis 400.000 Personen. Dazu kommt die dienstrechtliche Aufsicht und die lohnmäßige Verrechnung von rund 4.000 Hausbesorgern.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes.)

- - -

symphoniker: viele glueckwuensche

7 wien, 16.12. (rk) im rathaus feierten die wiener symphoniker diensttag das jubilaem ihres 70jaehrigen bestehens. ausser vize-buergermeister gertrude s a n d n e r , der praesidentin des orchesters, stellten sich als gratulanten prof. h u e b n e r fuer die wiener philharmoniker und praesident manfred m a u t n e r - m a r k h o f fuer die konzertausgesellschaft ein. von seiten der stadt wien nahmen an dem festakt unter anderem vizebuergermeister felix s l a v i k , landtagspraesident dr. wilhelm s t e m m e r sowie die stadtraete hans b o c k , maria j a c o b i und dr. maria s c h a u m a y e r teil.

0936

warnung vor schwindler

5 wien, 16.12. (rk) unter berufung vom ''gesundheitsdienst im kampf gegen den krebs'' zu kommen, bieten in wien verschiedene personen buecher zum kauf an. es wird darauf aufmerksam gemacht, dass es sich um vertreter eines vereines handelt, der nichts mit dem gesundheitsamt der stadt wien zu tun hat.

0935

simmeringer heimatmuseum voruebergehend geschlossen

8 wien, 16.12. (rk) das simmeringer heimatmuseum, 11, enkplatz 2, wird bis ende jaenner infolge umbauarbeiten fuer die sonderausstellung ''so war's einmal in simmering'' anlaesslich des 80. jahrestages der eingemeindung simmering zu wien geschlossen bleiben. der genaue termin der wiedereroeffnung des heimatmuseums wird rechtzeitig bekanntgegeben.

1019

erste ''fixe'' schule in der grossfeldsiedlung

11 wien, 16.12. (rk) die mobilen schulklassen in der grossfeldsiedlung haben eine besondere bewahrungsprobe abgelegt (bekanntlich wurden dort ohne ein schulgebäude zehn mobile einheiten zu einer schule zusammengefasst). nun wird die erste ''fixe'' staedtische schule eroeffnet. es handelt sich um eine volks- und hauptschule fuer knaben und maedchen mit insgesamt 32 klassen. das gebäude wurde mit einem kostenaufwand von 65 millionen schilling errichtet. zu der schule gehoert auch eine moderne mehrzweck-turnhalle: das ist eine jener hallen, wie sie von nun an mehrfach errichtet werden sollen. der grosse raum bildet mit abtrennung durch skai-vorhaenge drei turnsaele. ohne die vorhaenge ist es eine grosse halle fuer sportliche veranstaltungen.

der buergermeister von wien wird die neue schule in der grossfeldsiedlung kommenden dienstag ihrer bestimmung uebergeben.

geehrte redaktion!

zu der schuleroeffnung in der grossfeldsiedlung laden wir sie herzlich ein.

zeit: dienstag, 22. dezember, 10.30 uhr.

ort: 21, grossfeldsiedlung, pastorstrasse.

1038

weihnachtssingen auf dem rathausplatz

9 wien, 16.12. (rk) kommenden dienstag, den 22. dezember, findet um 15 uhr das traditionelle weihnachtssingen von kindern der wiener kinderfreunde in anwesenheit des buergermeisters und mitgliedern des stadtsenates vor dem grossen weihnachtsbaum auf dem rathausplatz statt.

1021

neue autobuslinie ueber die praterbruecke
auch in favoriten wesentliche verkehrsverbesserung

12 wien, 16.12. (rk) die beendigung von strassen- und brueckenbauten ermoglicht eine wesentliche verbesserung des oeffentlichen verkehrs: ueber die praterbruecke wird eine neue autobuslinie mit dem liniensignal 18 a installiert und ueber die laxenburger strasse kann eine bessere verkehrerschliessung des raumes inzersdorf durchgefuehrt werden.

die linie 18 a wird nach der eroeffnung der praterbruecke am diensttag, dem 22. dezember, den betrieb aufnehmen. sie wird zwischen dem genochplatz in stadlau und der fruethstrasse im 3. bezirk (bei der erdbergstrasse) verkehren und damit eine guenstige verbindung zwischen dem linken donauufer und dem sueden wiens bilden. das bedeutet zugleich eine entlastung der strassenbahnlinien ueber die reichsbruecke.

die genaue linienfuehrung des autobusses 18 a: vom 3. bezirk fruethstrasse - erdbergstrasse - schlachthausgasse - ludwig koesslerplatz - stadionbruecke - praterhochstrasse - abfahrt zur wehlistrasse - praterbruecke - viktor kaplan-strasse - neuhaufenstrasse - kaisermuehlenstrasse - wiedgasse - konstanziagasse bis hausgrundweg vor genochplatz. die fahrt in der gegenrichtung fuehrt ueber genochplatz - stadlauer strasse - kaisermuehlenstrasse - neuhaufenstrasse - viktor kaplan-strasse - praterbruecke - abfahrt zur wehlistrasse - praterhochstrasse - schuettelstrasse - stadionbruecke - ludwig koesslerplatz zur endstelle fruethstrasse. der erste autobus faehrt taeglich ab fruethstrasse um 5.20 uhr, ab stadlau um 5.15 uhr, die letzten wagen von beiden anfangsstellen um 23 uhr. die autobuslinie 18 a wird im einheitstarif gefuehrt.

die beendigung der strassenbauarbeiten in der schuettelstrasse und der wittelsbachstrasse ermoglicht es, ebenfalls ab diensttag, den 22. dezember, die autobusse der linie 80 wieder "normal" zu fuehren. sie fahren also ab boecklinstrasse/friedensgasse ueber boecklinstrasse - lukschgasse - rustenschacher allee - stadionallee zur stadionbruecke. in der fahrtrichtung zum praterstern fahren die autobusse wieder ab stadionbruecke/schuettelstrasse

ueber die schuettelstrasse zur franzensbrueckenstrasse. die bekannten haltestellen auf diesen strecken werden wieder errichtet.

im sueden wiens wird es die freigabe der bruecke ueber die donaulaendebahn im zuge der laxenburger strasse ermoeglichen, die autobuslinien 65 und 66a, die waehrend der bauarbeiten umgeleitet werden mussten, ab sonntag, den 20. dezember, wieder wie frueher zu fuehren. zugleich wird eine verbesserung durchgefuehrt: die kurzkurse, die frueher bis purkytgasse gefuehrt wurden, werden nun bis zum steinsee verlaengert. ein zweiter kurzkurs wird bis zum wienerfeld gefuehrt, der normalkurs bis liesing. entsprechend dem bedarf werden auch autobusse zum blumengrossmarkt verkehren. fuer tausende menschen werden damit rasche verbindungen in richtung zum stadtzentrum mit direkten anschlussen an die strassenbahnlinien 0 und 66 geschaffen.

die autobusse der linie 66a fahren also in der fahrtrichtung nach liesing ueber rudolfshuegelgasse - migerkastrasse - laxenburger strasse - draschestrasse - pfarrgasse - sterngasse - kinskygasse zur anton baumgartner-strasse und in der gegenrichtung ab purkytgasse/triester strasse ueber sterngasse - pfarrgasse - draschestrasse - laxenburger strasse - raxstrasse zur endstelle rudolfshuegelgasse. auch auf der autobuslinie 65 wird der normalbetrieb zwischen windtenstrasse (endstation der strassenbahnlinie 65) und inzersdorf/purkytgasse wiederhergestellt. die pendellinie zwischen laxenburger strasse und inzersdorf/anton baumgartner-strasse, die waehrend der bauarbeiten als behelfsline bestand, kann eingestellt werden. die kurzkurse zwischen rudolfshuegelgasse und blumenmarkt inzersdorf werden das liniensignal 66a (frueher 166) tragen.

(Fortsetzung des Sitzungsberichtes)

Baubehörde-Debatte

=====

Wien, 16.12. (RK) GR. Dr. Tuma (DFP) begrüßte zunächst die Maßnahmen der Stadtverwaltung gegen das wilde Plakatieren, forderte aber gleichzeitig, daß durch die Gemeinden Plakatflächen auch für die Werbung der kleinen Parteien zur Verfügung gestellt werden. Man dürfe sich nicht wundern, wenn ausschließlich negative Maßnahmen teilweise auch durch ungesetzliche Aktionen beantwortet werden.

Die Tätigkeit der Magistratsabteilung 25 als eine Art gerichtlicher Sachverständiger in Streitigkeiten bei Paragraph 7-Reparaturen bewertete der Redner positiv. Zu beklagen sei, daß zahlreiche Hauseigentümer kein Interesse haben, mit Hilfe des Wohnungsverbesserungsgesetzes Wohnungen zu sanieren.

Lobende Worte fand GR. Dr. Tuma über das gut funktionierende Beleuchtungswesen. Auch die Bemühungen um eine Altstadtleuchte seien sehr verdienstvoll.

Daß es - entgegen aller Versprechungen - noch immer keine neue Bauordnung gebe, sei bedauerlich. Hier forderte der Redner ein rascheres Arbeiten der Beamten, aber auch eine zeitgerechte Mitwirkungsmöglichkeit der zuständigen Gemeinderatsausschüsse. Die Bauordnung, aber auch alle anderen Bauvorschriften müßte im übrigen den Bedürfnissen des modernen Lebens angepaßt werden. Wenn dies der Fall sei, werde etwa auch das wilde Bauen von selbst aufhören.

Danach besprach GR. Dr. Tuma sehr ausführlich die neue Friedhofsordnung und brachte einen Antrag auf Abänderung der Friedhofsordnung in 24 Punkten ein.

Grundsätzlich bezeichnete Dr. Tuma die Friedhofsordnung als einen "argen Rückfall in die Zeit Metternichscher Zensur". Scharfe Kritik äußerte der Redner zu allen Vorschriften über Gestaltung, Maße und Materialverwendung.

Zu den technischen Verkehrsangelegenheiten meinte der Redner, die Freimachung des Rathausplatzes von Autos sei zu begrüßen, andere Plätze sollten im Interesse des Fremdenverkehrs folgen.

Zu den Lenkerprüfungen forderte Dr. Tuma, es solle dabei nicht Gelerntes heruntergeleiert werden, sondern die Prüflinge müßten praktische Tätigkeiten vorführen, wie etwa das Auswechselln eines Reifens oder eines Keilriemens. Außerdem solle die praktische Fahrprüfung sowohl im Stadtverkehr als auch auf der Autobahn und auf einer Bergstraße abgelegt werden.

GR. Krenn (FPÖ) kritisierte, daß die Baupolizei in vielen Fällen zu wenig rigoros vorgehe und daß es deshalb zu Schädigungen der Mieter und Hauseigentümer komme. Bezüglich der städtischen Uhren reklamierte er, daß schon längst fällig gewesene zentralgesteuerte Funksteuerprogramm. Im Interesse einer befriedigenden Verkehrsabwicklung wäre es notwendig, den Bau automatischer Signalanlagen und die Durchführung von Bodenmarkierungen entsprechend zu forcieren.

In Wien habe es im vergangenen Jahr unter den Verletzten und Toten im Straßenverkehr auch eine große Zahl von Kindern gegeben.

Hier wäre ein entsprechendes Schulwegsicherungsgesetz längst fällig.

Breiten Raum widmete der Redner der neuen Friedhofsordnung, so positiv die voriges Jahr durchgeführte Fragebogenaktion der Stadtverwaltung in diesem Zusammenhang auch gewesen sei, so bedauerlich finde er die nun tatsächlich vorliegende Verwirklichung der neuen Friedhofsordnung. Von Reformen könne man hier wohl kaum sprechen, da viele der neuen Bestimmungen identisch mit den der alten Friedhofsordnung seien. Man habe wohl eine größtmögliche Wahrung der individuellen Freiheit zugesagt, jedoch würden die Interessen der Wiener Bevölkerung durch die vorliegende Novellierung auf das Größte verletzt. Der Text der neuen Friedhofsordnung sei also keineswegs frei vom Odium heuchlerischer Anordnungen, sondern stelle vielmehr in vielen Punkten einen Eingriff in die persönlichen Pietätsvorstellungen dar. Seine Fraktion werde der vorliegenden Friedhofsordnung daher nicht zustimmen.

GR. Dr. Glatzl (ÖVP) stellte als nächster Debattenredner fest, daß jede neue Friedhofsordnung Diskussionen auslösen wird - das liege einfach in der Natur der Sache. Da die Friedhöfe kulturelle Spiegelbilder der betreffenden Epochen seien, wurde in der neuen Friedhofsordnung versucht, größte individuelle Freiheit mit einheitlicher gestalterischer Kraft zu verbinden.

Sie soll als ein erzieherischer Hinweis zu neuen Auffassungen empfunden werden. Wie notwendig gewisse Einschränkungen sind, zeige folgender Auswuchs in der Deutschen Bundesrepublik:

Dort bieten große Versandhäuser Grabdenkmäler aus Plastik an.

Die neue Friedhofsordnung sei nicht durch einen hohwits-verwalterischen Akt entstanden, sondern durch Befragung der Bevölkerung. Als erfreulich müsse gewertet werden, daß es kein Massen- und Armengrab mehr gebe. Zur gestaltenden Mitarbeit sind Gartenarchitekten, Gärtner und Steinmetze eingeladen, und gerade die Steinmetze finden ein reiches Betätigungsfeld, sofern sie ihre Chance zu nützen verstehen.

Abschließend sprach GR.Dr.Glatzl die Stadtplanung an mit dem Wunsch, neben den bisherigen vier Wiener Hauptfriedhöfen Vorsorge für einen weiteren Hauptfriedhof in westlichen Teil der Stadt zu treffen. Für diesen neuen Friedhof sollten bereits in Stadium der Planung Geländeflächen für zeitgerechte Erweiterungen sichergestellt werden.

GR.Michalica (SPÖ) nimmt ebenfalls zur neuen Friedhofsordnung Stellung, die den Wünschen der Wiener Bevölkerung Rechnung tragen wird. Sie enthält einige wichtige Änderungen, die sich vor allem auf die Benützungsdauer und die Gestaltung auswirken werden. Die bisher maximal mit 30 Jahren festgesetzte Benützungsdauer wird in eine unbefristete verlängert. Um die Verlängerung muß jeweils nach zehn Jahren angesucht werden. Eine anonyme Aschenbeisetzung wird auf Wunsch in einem etwa zu schaffenden Rosenbeet erfolgen können. Alle gebührenrechtlichen Bestimmungen wurden in die neuen Tarife übernommen. Bei einem Verzicht auf eine Grabstelle vor Ablauf von zehn Jahren kann der aliquote Teil der Gebühren zurück-erstattet werden. Es wird Gräberfelder in herkömmlichen Sinne und in neuzeitlicher Gestaltung geben. Die Grabsteine in Teilen herkömmlicher Art dürfen eine maximale Sichtfläche von 1,4 Quadratmetern nicht überschreiten. In neuzeitlich gestalteten Friedhofsteilen darf die Sichtfläche nur 0,8 Quadratmeter betragen.

Innerhalb dieses Rahmens sind jedoch alle Gestaltungsmöglichkeiten gegeben. Die Steinnetze werden innerhalb dieser Maße Grabdenkmäler herstellen können, die wirkliche Kunstwerke sein können. Zu hoffen sei, daß in Zukunft nicht weiterhin zur Hauptsache nur dunkler Stein verwendet wird. Wir haben in Österreich eine Anzahl von schönen Natursteinen, die gut verarbeitbar sind.

Was mit der neuen Friedhofsordnung erreicht werden soll, ist eine pietätvolle und den Bedürfnissen der Bevölkerung entgegenkommende Friedhofsgestaltung mit viel Grün.

Der Redner appelliert an die für die Friedhofsgestaltung verantwortlichen Berufsgruppen, insbesondere an die Gärtner und Steinnetze, die gegebenen Möglichkeiten gut zu nützen.

GR. Neusser (ÖVP) verwies auf die Überlastung der Beamten in den meisten technischen Abteilungen. Ein Beispiel dafür sei die Magistratsabteilung 25, die Mieter vor Übervorteilungen zu schützen hat. Zur Straßenbeleuchtung führte der Redner an, daß im zuständigen Ausschuß einhellige Meinung über die Altstadtleuchte bestanden habe. Es sei nur zu hoffen, daß auch passende Maste dafür gefunden werden, nicht so klobige und protzige wie auf dem Mariahilfer Gürtel. Die Tunnelbeleuchtung sei in Wien fast vorzüglich, aber bei den Ein- und Ausgängen sei besonders zur leichteren Anpassung beim Übergang von hellen Tageslicht in den Tunnel eine Verbesserung nötig.

Die Erneuerung der Bauordnung sei dringlich, stellte GR. Neusser fest, und verwies darauf, daß sie noch Teile der Josefinischen Feuerordnung und der ersten Bauordnung des Jahres 1829 enthalte. Die Beamten seien jedoch an die veralteten Bestimmungen gebunden und deshalb schuldlos oft der Kritik ausgesetzt. Der Beantentwurf einer neuen Bauordnung sei nun endlich so weit gediehen, daß bald mit den Beratungen begonnen werden könne. Die neue Bauordnung müsse nicht nur eine Anpassung an neue Techniken und Baustoffe bringen, sondern auch Ausdruck einer neuen Bau-gesinnung sein.

Eine bedenkliche Bestimmung im Entwurf sei der Wegfall des Begriffes "~~gemischtes~~ Baugebiet". Die völlige Entmischung sei gefährlich, man müsse den ansässigen Betrieben die Möglichkeit der Erweiterung und Modernisierung geben.

Der Redner verwies auf die Belästigungen und Gefahren, die sich bei der Verbrennung von Ölrückständen und Kunststoffen ergeben. Man müßte dafür sorgen, daß Ölverbrennungen künftig weniger "propagandistisch" geschehen als dies heuer mit riesigen schwarzen Rauchwolken der Fall war.

Der Matzleinsdorfer Platz sei trotz zweimaligem Umbau noch immer nicht funktionsfähig, aber wenigstens die Bodenmarkierungen seien dort vorbildlich. Das gelte besonders für die Vormarkierungen in der Triester Straße. Solche Vormarkierungen wären auch in anderen Straßen wertvoll. GR. Neusser brachte den Antrag ein, ein umfassendes Einbahnkonzept für Wien auszuarbeiten.

GR. Franziska Fohler (SPÖ) hob die Tätigkeit der Magistratsabteilung 25 hervor, die Gutachten und Kostenberechnungen für Schlichtungsstellen und Mieter ausarbeitet. Immer mehr Anträge nach dem Paragraph 7 des Mietengesetzes werden abgelehnt, weil ihre Durchführung unwirtschaftlich wäre. Die Rednerin führte vier Häuser aus ihrem eigenen Bezirk, der Brigittenau an, wo insgesamt 105 Wohnungen nicht mehr repariert wurden, weil die Mietzinse auf das Fünfzehn- bis Zwanzigfache gestiegen wären. Allerdings lassen manche Hausbesitzer die Häuser absichtlich verfallen, weil ein abbruchreifes Haus günstiger zu verkaufen ist. Bedauerlich sei die Bestimmung, daß die für Reparaturen bestimmte Mietzinsrücklage nur fünf Jahre aufgehoben werden muß. Nach diesen fünf Jahren haben die Mieter das Nachsehen, das Geld fließt in die Taschen der Hausherrn.

Ein Problem, bei dem es praktisch für die Baupolizei keine Möglichkeit des Eingreifens gibt, sei das Einmieten von Fremdarbeitern in freiwerdenden Wohnungen in alten Häusern. Geschäftstüchtige Hausbesitzer vermieten diese kleinen Wohnungen um 150 bis 200 Schilling wöchentlich pro Person.

Die Gastarbeiter aber, um die Kosten niedriger zu halten, nehmen noch weitere Freunde und Bekannte in der Wohnung auf, so daß sanitäts- und bauordnungswidrige Übelstände an der Tagesordnung sind. Die Öffentlichkeit erwarte, daß man Lösungsmöglichkeiten für dieses Problem finde.

Öffentliche Beleuchtung: Wien gehört zu den bestbeleuchteten Großstädten der Welt, doch gibt es noch immer kleine Nebengäßchen, wo eine Verbesserung der Beleuchtung im Interesse der Sicherheit erforderlich wäre. Lobend erwähnt die Rednerin den Entwurf von eigenen Beleuchtungskörpern für das nächtliche Grinzing. Bedauerlich sei, daß in zunehmendem Maße Rowdies Beleuchtungskörper und öffentliche Uhren zerstören. Allein in den letzten eineinhalb Jahren mußten 30.500 Schilling für Reparaturen aufgewendet werden.

Im Zusammenhang mit der Katastrophe in einem Tanzlokal in Frankreich sei auch in Wien als erstes die Frage gestellt worden, ob bei uns eine solche Katastrophe möglich sei. Unsere Bestimmungen gäben jedoch die Sicherheit, daß so etwas in Wien nicht passieren könne. Freilich gelt es, diese gesetzlichen Bestimmungen auch auf das strengste einzuhalten. Die Rednerin ersucht die Stadträtin daher, für verschärfte Kontrollen zu sorgen, nicht zuletzt auch bei großen Einkaufszentren und Supermärkten. Sie hoffe, daß der Personalmangel bei der Baupolizei bald behoben werden könne.

Genugtuung äußerte die Gemeinderätin über den Fortschritt der zentralen Verkehrsüberwachung: Entscheidend für die Verkehrssicherheit sei jedoch letzten Endes der Mensch und die von ihm aufgebrachte Verkehrsdisziplin. Wenn man bedenkt, daß allein die in diesem Jahr neu dazugekommenen Personenkraftwagen aneinander gereiht eine 64 Kilometer lange Autoschlange bildeten, wird das Parkproblem für Wien in aller Deutlichkeit klar. Der Autofahrer müsse eben nicht nur mit Betriebskosten für seinen Wagen rechnen, sondern auch damit, daß das abgestellte Fahrzeug Geld koste.

Zum besseren Schutz der Fußgänger forderte die Rednerin mehr ampelgeregelt Übergänge, so zum Beispiel im Bereich Innstraße-Dresdner Straße, wo die Autos mit 70 bis 90 Stundenkilometer dahinrasen. Auch sei an manchen Kreuzungen die Grünphase zu kurz. Die Schulwegsicherung müßte endlich verwirklicht werden. Die Rednerin schlägt dafür den Einsatz von Pensionisten vor.

In ihrem Schlußwort nahm Stadträtin Dr. Maria Schaunayer zu den Beiträgen der einzelnen Debattenrednern Stellung. Die Unterbringung der Fremdarbeiter sei tatsächlich ein Problem. Durch rasche und einheitliche Vorgangsweise der Baupolizei soll verhindert werden, daß die Fremdarbeiter in Elendsquartiere, die den Besitzern hohen Nutzen bringen, abgedrängt werden.

Das Wohnungsverbesserungsgesetz sieht eine gesetzliche Frist von drei Monaten für die Bearbeitung vor. Leider sind nicht alle eingereichten Anträge vollständig, weshalb sich Verzögerungen ergeben.

Im Budget 1971 sind Mittel für die Umstellung der Wiener Uhren auf Zentralsteuerung durch Funk vorgesehen. Die Umstellung wird sektorenweise erfolgen und sich über einige Jahre hinziehen. Heuer wurden technische und rechtliche Vorbereitungen getroffen.

Hinsichtlich der Altstadtleuchte ist ein Team an der Arbeit, um einen passenden Mast und einen passenden Wandarm zu entwickeln.

Die als klobig empfundenen Lichtnaste auf dem Mariahilfer Gürtel mußten wegen der Zugfestigkeit und um dem Winddruck standzuhalten, dimensioniert werden.

Die unterschiedlich lange Gelbphase der Ampeln wird vielfach als Gefahrenmoment bezeichnet. Darüber ist die Ansicht der Verkehrsexperten geteilt. Es kann aber keine Norm-Gelbphase geben, weil es keine Norm-Kreuzung gibt. Im Jänner wird ein Expertenteam dieses Problem diskutieren.

Die fünfzehn Novellierungen der Bauordnung sind unter anderen durch die Verwendung neuer Baumaterialien bedingt. Auch in der neuen Bauordnung wird es ein gemischtes Baugebiet geben, da eine strikte Trennung von Wohnvierteln und Betriebsstätten unlösbare Probleme schaffen würde.

Den Vorwurf, jemand könne zum "wildem Bauen" gezwungen sein, wies Stadträtin Maria Schaunayer zurück. Jeder Interessent hat die Möglichkeit, sich bei der Baupolizei über die rechtlichen Bedingungen zu informieren.

Die Stadträtin gab dann bekannt, daß Wien bereits gemeinsam mit Niederösterreich und dem Burgenland einen Standort für eine gemeinsame Vernichtungsstelle schädlicher Giftstoffe oder Abfallprodukte suche. Denn man sei sich darüber im klaren, daß es eine Peroxydwolke, wie sie heuer im Sommer zu beobachten gewesen sei, nicht mehr geben dürfe.

Eingehend ging Frau Schaumayer in ihrem Schlußwort auch auf die neue Friedhofsordnung ein. Sehr energisch wies sie den Vorwurf zurück, die Vertreter der beiden kleinen Fraktionen des Gemeinderates seien vor Beschlußfassung im zuständigen Ausschuß nicht gehört worden. Es sei jedenfalls Vorsorge getroffen, daß Interessenten für eine neue Grabstelle in jedem Fall seitens der Friedhofsverwaltung die notwendigen Informationen gegeben würden, ob es sich im betreffenden Teil des Friedhofes um einen solchen handle, wo die Grabgestaltung in althergebrachter Form oder nach den neuen Gestaltungsprinzipien zu erfolgen habe.

Obwohl die Beschlußfassung über die neue Friedhofsordnung dem Gemeinderat erst am Freitag vorliegen werde, ging die Stadträtin Punkt für Punkt auf den Abänderungsantrag der DFP ein, sie wies nach, daß eine Berücksichtigung dieses Antrages eindeutig zu einer Verschlechterung führen würde. Die Beratungen im Unterausschuß seien vom kulturellen Verantwortungsbewußtsein und dem Respekt vor der Pietät und den Wünschen der Wiener Bevölkerung getragen gewesen.

Abstimmung: Mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP angenommen. Der ÖVP-Antrag bezüglich eines koordinierten Einbahnsystems wurde einstimmig zugewiesen.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

- - -

beethoven-haus probusgasse eroeffnet

6 wien, 16.12. (rk) vizebuengermeister gertrude sandner
eroeffnete mittwoch mittag die neue beethoven-gedenkstaette in der
probusgasse 6 im 19. bezirk. in diesem haus hat ludwig van beethoven
das ''heiligenstaedter testament'' verfasst. das gebaeude wurde von
der stadt wien erworben und restauriert. die beethoven-gedenkstaette
wird jeweils sonntag von 9 - 13 uhr geoeffnet sein.

schon vorher hatte am mittwoch eine gedenkfeier vor dem ehren-
grab des komponisten auf dem zentralfriedhof stattgefunden. danach
legte frau sandner vor dem beethovendenkmal im 1. bezirk einen kranz
nieder.

wien empfinde ''ehrfurcht und dankbarkeit'' fuer den tonheros
beethoven, erklaerte vizebuengermeister gertrude sandner
bei der eroeffnung der - nunmehr dritten staedtischen - beethoven-
gedenkstaette in heiligenstadt. das haus probusgasse 6 sei 1968
von der stadt wien abbruchreif gekauft worden, und architekt hans
steineder (er restaurierte auch schuberts geburtshaus in
der nussdorfer strasse) habe in muehevoller arbeit die beitraege
der verschiedenen stilepochen an diesem haus freigelegt und stoeren-
de spaetere zubauten entfernt.

frau sandner dankte allen beteiligten des magistrats und dem
bundesdenkmalamt fuer die arbeit an diesem werk. ein blaeser-
ensemble umrahmte den eroeffnungsakt musikalisch.

das haus probusgasse 6 wurde mit kosten von rund fuenf millio-
nen schilling gekauft und renoviert. in den raeumen des ersten
stockwerks im hoftrakt, die beethoven der ueberlieferung nach be-
wohnt hat, befindet sich die gedenkstaette. dort sind reproduktionen
von schriften und tonwerken beethovens und auch eine bueste des
komponisten untergebracht.

mit vizebuengermeister gertrude sandner waren stadtrat hubert
pfoch, stadtschulratspraesident dr. hermann schnell,
mitglieder des kulturausschusses und bezirksvorsteher franz
weber erschienen. die neue gedenkstaette wird sonntags von
9 bis 13 uhr geoeffnet sein.

verkehrserziehungsbuecher fuer wiens vorschulpflichtige kinder

20 wien, 16.12. (rk) tausend verkehrserziehungsbuecher fuer wiens vorschulpflichtige kinder uebergab der generalsekretaer des oeamt, dr. v e i t , als geschenk dieser kraftfahrorganisation mittwoch an wohlfahrtsstadtraetin maria j a c o b i .

der titel des in deutschland von psychologen zusammengestellten buches lautet 'der kleine tim und die strasse'. es ist ein verkehrsbuch ohne erhobenen zeigefinger und fuer kinder im vorschulalter und fuer schulanfaenger gedacht.

dieser 'ratgeber' fuer die juengsten verkehrsteilnehmer wird, wie wohlfahrtsstadtraetin maria jacobi erklaerte, ein wertvolles instrument in der vorschulischen erziehung der wiener kindertagesheime bilden.

1358

marek bei jonas, kreisky und waldbrunner

10 wien, 16.12. (rk) der wiener buergermeister bruno m a r e k wurde mittwoch vormittag von bundespraesident franz j o n a s zu einem abschiedsbesuch empfangen, am nachmittag verabschiedete sich marek im parlament bei den drei nationalratspraesidenten dipl.-ing. w a l d b r u n n e r , dr. m a l e t a und p r o b s t .

morgen donnerstag wird bruno marek auch bundeskanzler dr. bruno k r e i s k y und den erzbischof von wien, dr. franz k o e n i g , aufsuchen und sich verabschieden.

1030

(Fortsetzung des Sitzungsberichtes)

Liegenschaftsdebatte

=====

Wien, 16. 12. (RK) GR. Müller (DFP) übte zunächst Kritik an der Höhe der Präsidentialausgaben, die sich gegenüber dem Vorjahr um zwei Millionen erhöht hätten und forderte in einem Antrag die Reduzierung der veranschlagten 13 Millionen Schilling auf drei Millionen. Weitere kritische Anmerkungen galten der publizistischen Arbeit des Presse- und Informationsdienstes. Im besonderen Maße kritisierte er die Berichterstattung der Redakteure des PID und meinte weiter, daß der Aufwand für die diversen Publikationen in keinem Verhältnis zu ihrem tatsächlichen Wert stehe.

Zum Thema Liegenschaften meinte der Redner, daß es hier eine allzu große Häufung von Gaststättenbetrieben gebe. Der Feuerwehr wäre eine größere Zahl von Einsatzfahrzeugen zu wünschen, anstelle von spektakulären Magirusleitern.

Auch bezüglich des Einsatzes der Bundespolizei zeigte sich der Debattenredner unzufrieden.

Seine Fraktion werde daher diesem Budgetvoranschlag nicht zustimmen.

GR.Dr. Hirnschall (FPÖ) kritisierte einleitend die Grundkäufe der Gemeindeverwaltung. Vom 1. Jänner bis 15. November wurden für 440 Millionen Grundstücke angekauft, obwohl für diesen Zweck im Budget für 1970 nur 200 Millionen vorgesehen waren. Auch 1969 wurden 410 Millionen Schilling für die Grundbeschaffung ausgegeben, während nur 220 Millionen dazu bereitgestellt waren. Es entspreche der Praxis des Finanzreferenten, Mehreinnahmen in Grund und Boden anzulegen; dieses Gold sollte jedoch besser für die Grundaufschließung verwendet werden.

Man dürfe sich nicht wundern, wenn durch derartige Käufe die Grundpreise in Wien in Bewegung geraten. Die Fläche, die im heurigen Jahr erworben wurde, belaufe sich auf mehr als 140 Hektar: das entspricht dem Areal des ganzen 6. Bezirks.

Durch die massierten Grundankäufe werde auch die Notwendigkeit des immer wieder geforderten Bodenbeschaffungsgesetzes

widerlegt. Auch im Assanierungsgesetz sollte die Enteignung der Weisheit letzter Schluß sein. Die privaten Eigentümer werden möglicherweise bereit sein, bei günstigen Krediten an Sanierungen mitzuarbeiten. (Zwischenruf GR. Windisch, SPÖ: "Aber nur, wenn sie dabei verdienen!")

Im Zusammenhang mit dem Presse- und Informationsdienst bezweifelte der Debattenredner den angeblichen Informationswert folgender Plakate: "Wir bauen eine U-Bahn", "Oben ohne Umleitungen" und "Gemma bodn".

Nach der Feststellung, das Wahljahr 1970 habe gezeigt, daß nicht nur Parteien, sondern auch Wahlbehörden zu Verlierern werden können - bei der Kreiswahlbehörde habe es nicht nur eine, sondern mehrere Pannen gegeben - erlitt Dr. Hirnschall einen Schwächeanfall. (Siehe auch unsere Extrameldung auf Blatt 3996.)

Der Vorsitzende unterbrach die Sitzung, während Dr. Hirnschall von mehreren Gemeinderäten aus dem Saal geleitet wurde. Nachdem der Vorsitzende festgestellt hatte, daß dem Debattenredner das Recht der Fortsetzung seines Beitrags gewahrt bleibt, wurde die Sitzung wieder aufgenommen. ./.

Schwächeanfall eines Gemeinderates
=====

Wien, 16.12. (RK) Während seines Debattenbeitrages zum Kapitel Liegenschaftswesen erlitt GR. Dr. Erwin Hirnschall (FPÖ) einen Schwächeanfall. Kollegiale Hilfe war sofort zur Stelle. Mehrere Gemeinderäte führten Dr. Hirnschall aus dem Saal, Gesundheitsstadtrat Dr. Otto Glück leistete erste Hilfe. SPÖ-Gemeinderat Dr. Zeman verabreichte dann im Nebenraum des Sitzungssaales eine stärkende Injektion, Der freiheitliche Gemeinderat, der sich schon nach einer Viertelstunde wieder ausgezeichnet fühlte, war nur durch eindringliche Ratschläge der SPÖ-Gemeinderäte Windisch und Hans Mayr zu einer kurzen Ruhepause zu bewegen.

- - -

GR. Dipl.-Ing. Blaschka (ÖVP) verweist auf den großen Grundbedarf, den die Gemeinde nicht nur für kommunale Einrichtungen, sondern auch für Industrie- und Betriebsansiedlungen und ähnliches hat. Die Ansätze hierfür sind in den letzten Jahren bedeutend gestiegen. Heuer kam es zu Überschreitungen, die mehr als 200 Prozent ausmachen und durch einen Kontokorrentkredit der Zentralsparkasse in Höhe von 500 Millionen bedeckt werden mußten. Die Ansätze sollten hier nicht - bewußt oder unbewußt - so niedrig gehalten werden.

Zu den größten Grundkäufen der letzten Jahre gehörte der Erwerb der sogenannten Draschegründe. Leider wird es aber - nach einem Bericht der "Arbeiter-Zeitung" - bis 1990 dauern, bis die Wiener Bevölkerung in den vollen Genuß der auf diesem Gebiet geplanten Bauten kommen wird. Hier wäre eine Beschleunigung notwendig. Erfreulich sei die Bereitstellung von Grundstücken für Industrie- und Gewerbeansiedlungen. Hoffentlich wird ihre Situierung so geplant, daß sie sich bei einer künftigen Stadtentwicklung nicht ungünstig auf entstehende Wohngebiete auswirkt. Die Industrieansiedlung wird auch der sinkenden Beschäftigtenzahl entgegenwirken können.

Die Erklärung, warum sich viele Betriebe lieber außerhalb Wiens ansiedeln, liege sicher in den niedrigeren Grundpreisen. Verstärkte Förderungsmaßnahmen für die Erhaltung und den Ausbau der Betriebe würden sich bezahlt machen, da die investierten Beträge durch Steuern und Abgaben der Betriebe wieder zurückfließen würden.

Der ständig steigende Verkehr erfordere die Bereitstellung von Grundflächen für Parkplätze und den Garagenbau. Die Fußgeherzonen seien begrüßenswert, doch müßten auch dort die entsprechenden Parkmöglichkeiten geboten werden.

Besonders wichtig sind die Grundankäufe für die Schaffung von Erholungsgebieten. Die geplante Anlage für die WIG und das Kurzentrum wird eine willkommene Erholungsstätte werden und das ganze Gebiet wirtschaftlich beleben.

Der Redner kommt sodann auf jene Siedlungsbauten zu sprechen, die in den Jahren 1934 bis 1936 auf Baurechtsgründen errichtet wurden. Die Bestandsverträge sollten auf Wunsch der Siedler ins Eigentum überführt werden können. Der Verwaltung würde dadurch Geld und Arbeit erspart.

Gemeindeeigene Einzelgrundstücke, die zur Hauptsache für Tauschzwecke jahrelang bereitgehalten werden, sollten verkauft und mit dem Erlös größere Flächen erworben werden.

Der Redner verweist darauf, daß die Gemeinde Wien 15 Konzessionen für das Gast- und Schankgewerbe besitzt, 14 davon werden betrieben. Er stellt die Frage, ob diese Betriebe nicht mehr kosten als sie hereinbringen?

Auf dem Sektor der Bauzinsermäßigungen stellt der Redner die Frage, ob diese Ermäßigungen ohne Rücksicht auf das Einkommen des Bewerbers gewährt werden oder ob es hier Unterschiede gibt?

Der Vorsitzende, GR. Leinkauf, teilt mit, daß sich das Befinden des GR. Hirnschall gebessert hat. (Allgemeiner Beifall.)

GR. Dr. Habl (ÖVP) verlangte eine Novellierung des zweiten Hauptstückes der Verfassung der Stadt Wien, das sich mit Wien als Land befaßt. Manches sei darin unklar. Der Redner sprach sich dafür aus, die Möglichkeit von Volksbefragungen, Volksbegehren und Volksabstimmungen zu schaffen sowie eine Fragestunde einzuführen. Die wichtigsten Wahlbestimmungen sollten - nicht nur in Wien - in die Verfassung aufgenommen werden, damit sie nicht mit einfacher Mehrheit geändert werden können, wenn sich eine Partei dadurch einen Vorteil verspricht.

Die öffentliche Arbeit verliere immer mehr an Ansehen, stellte GR. Dr. Habl fest, woran auch oft die Mandatäre selbst Schuld trügen. Mandatäre müßten eine Sprache benützen, die dem gesellschaftlichen Anstand entspricht. Der Wiener Gemeinderat zeige, daß dies möglich sei. Auch die sogenannten harten und peinlichen Fragen im Fernsehen fänden nicht die Zustimmung der großen Mehrheit. Durch diese Dingen werden zuerst der Mandatar, dann seine Partei und schließlich die Demokratie diskreditiert. (Beifall bei SPÖ und ÖVP.)

Hierher gehöre auch das Schlagwort vom Privilegienabbau. Ist es ein Privileg, daß der Polizist ein Amtskappel trägt?

Wenn einer die Hilfe des Polizisten braucht, ist er sehr froh über dieses Amtskoppel, das den Polizisten hilft, sich durchzusetzen. Ist es ein Privileg, wenn der Rektor sein Amtskleid trägt? Die Studenten, die sonst so gegen die Tradition sind, legen bei der Promotion großen Wert auf die Feierlichkeit und Würde.

Über viele sogenannte Privilegien bestünden falsche Vorstellungen. So werde die Immunität der Abgeordneten fälschlich mit Straffreiheit gleichgestellt, und es bestünde auch der Eindruck, als müßten Politiker überhaupt keine Steuern bezahlen. Die Arbeit des Mandatars, der sein Amt gewissenhaft ausübt, bedeute auch eine große physische Anstrengung. Die Politiker sollten ihr Licht nicht unter den Scheffel stellen, sondern zu diesen Problemen offene und mutige Worte sagen, wenn es nötig ist.

Unter Hinweis auf die geringe Wahlbeteiligung bei der letzten Gemeinderatswahl sprach sich Dr. Habl dafür aus, die Wahlen durch die Möglichkeit, zu reihen und zu streichen, interessanter und durch Einführung der Briefwahl leichter zu machen. Er brachte außerdem den Antrag ein, jeden Wähler rechtzeitig vor den Wahltag mit einer Karte über Ort und Zeit der Wahl zu informieren.

Zum Presse- und Informationsdienst sagte der Redner, daß die Grenzen zwischen Information und Propaganda fließend seien. Seine Fraktion sei für Information, aber gegen Propaganda. Man werde daher in jeden Fall genau prüfen, wofür Geld ausgegeben wird. Man werde auch noch darüber reden müssen, daß die Geschäftsordnung teilweise veraltet ist, wie die Aufteilung der Gelder an die Bezirksvorsteher vor sich geht und ob es nicht möglich sei, Sitzungen des Gemeinderates der Öffentlichkeit ähnlich anzuzeigen, wie dies bei Parlaments-sitzungen geschieht.

Wien stehe vor einer ähnlich wichtigen Epoche wie seinerzeit bei der Schaffung der Ringstraße oder den Leistungen der sozialistischen Stadtverwaltung in der ersten Republik, begann GR. Edlinger (SPÖ) seinen Debattenbeitrag.

Er sprach zur Bodenpolitik und bezeichnete das Verfügungsrecht über Grund und Boden als eines der bedeutendsten Probleme für die Entwicklung der Großstadt. Legistische Maßnahmen stünden zwar noch aus, doch werde Bautenminister Moser demnächst den Entwurf eines neuen Bodenrechtes dem Parlament zuleiten. Er hoffe, daß, entsprechend einer Äußerung des VP-Gemeinderates Ebert vor wenigen Tagen, die Volkspartei im Parlament der Erneuerung des Bodenrechtes zustimmen werde ("Zuerst müssen wir den Entwurf sehen", rief Dr. Glatzl, ÖVP). Besonders lobte Edlinger eine Neuerung, die sich sehr vorteilhaft für Bodengeschäfte zwischen der Stadtverwaltung und den Bund auswirke: Das Bautenministerium könne nun einzelne Grundstücke kaufen beziehungsweise verkaufen und sei nicht bloß auf den Tauschweg angewiesen.

Auch der sozialistische Sprecher beschäftigte sich mit dem Presse- und Informationsdienst und hob die Bedeutung der Öffentlichkeitsarbeit für eine korrekte Information der Bevölkerung und damit im Interesse der Demokratie hervor. Es sei klar und dabei zitierte Edlinger einige namhafte ausländische Experten, daß diese Öffentlichkeitsarbeit um so intensiver sein müsse, je größer die Stadt sei ("das wird nicht bestritten, doch wollen wir die genauen Gesamtkosten für den PID erfahren", rief Glatzl, VP, dazwischen).

Abschließend ging Edlinger kurz auf die Angriffe gegen die Wahlbehörde ein und erklärte, es habe nach der Nationalratswahlordnung keine gesetzliche Verpflichtung zur Überprüfung der 200 Unterschriften eines Wahlvorschlages gegeben. Erst in Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes sei eine solche Verpflichtung ausgesprochen worden, die künftig selbstverständlich auch beachtet werden würde.

Mit einer Stellungnahme zu den Angriffen gegen den Presse- und Informationsdienst begann Stadtrat Hintschig sein Schlußwort. Auch er vertrete die Meinung, daß nur Information, nicht aber Propaganda zu den Aufgaben der Stadtverwaltung gehört. Information der Bevölkerung sei aber gerade in der Großstadt, wo die Bevölkerung am schwersten zu erreichen ist, unbedingt erforderlich. Er höre zu diesem Thema nur einmal im Jahr Kritik. "Wenn Sie Vorschläge unterbreiten können, wie man die Information besser, effektiver und billiger zustande bringt, warum machen Sie diese Vorschläge nicht in Ausschuß?" fragte der Stadtrat.

Zur Kritik an den Repräsentationskosten: Wien müsse seine Chance nützen, die sich aus der Begegnung zwischen Ost und West ergibt. Wenn Wien immer mehr zur Stadt der Begegnung, zur Stadt internationaler Organisationen wird, sei dies nicht zuletzt auch auf internationale Kontakte zurückzuführen. Gerade hier käme eine finanzielle Einschränkung auf die Dauer wahrscheinlich sehr teuer.

Die Befürchtung GR.Hirnschalls, daß durch die steigende Zahl von Grundstückskäufen auch die Preise hochgehen werden, wies der Stadtrat zurück. Er könne schon deswegen die Bedenken zerstreuen, weil er selbst genau achte, daß Preissteigerungen unterbleiben. Im Gegensatz zu GR.Hirnschall sei er der Ansicht, daß ein Bodenbeschaffungsgesetz sehr wohl dringend notwendig ist. Als Beispiel für die Notwendigkeit dieses Gesetzes nannte Hintschig die Draschegründe.

Bei der Führung der Gastbetriebe durch die Stadt Wien pflichtete er den Vorstellungen der ÖVP-Redner, diese Betriebe zu verkaufen, bei. "Wenn Sie mir Käufer nennen können" - wandte er sich direkt an die ÖVP-Gemeinderäte - "wäre ich sehr froh darüber".

Zur Forderung einer Novellierung der Stadtverfassung: Möglichkeiten der Novellierung eines Teils der Verfassung werden zur Zeit überprüft.

Zur Wiener Gemeinderatswahlordnung: Hier sei derzeit kein Anlaß zu einer Abänderung, da sie mit der Nationalratswahlordnung übereinstimme. Sollte diese geändert werden, müsse man auch bei der Gemeinderatswahlordnung die Frage überprüfen.

Geschäftseinteilung des Wiener Magistrats: In den ein- einhalb Jahren seit ihren in Kraft treten seien trotz gewisser Schwächen der neuen Geschäftseinteilung keine Verbesserungsvorschläge gemacht worden. Derzeit behelfe man sich mit kleinen Verbesserungsschritten.

Die Stadtverwaltung arbeite in übrigen - auch unter Beziehung der EDV - ständig an der Vereinfachung der Verwaltungsarbeit. Eine eigene Vorschlagsaktion sei dazu ins Leben gerufen worden, in dieser Frage sei die Mitarbeit aller erforderlich.

16. Dezember 1970

"Rathaus-Korrespondenz"

Blatt 4002

Abstimmung: Mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP angenommen.

Der ÖVP-Antrag wurde einstimmig zugewiesen, der DFP-Antrag fand nicht die notwendige Mehrheit und wurde daher abgelehnt.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

wibag legt bilanz:

neun millionen quadratmeter bauflaechen erforderlich

23 wien, 16.12. (rk) ueber erfolge und probleme ihrer taetigkeit berichtete die wiener betriebsansiedlungsgesellschaft mbh. (wibag) mittwoch im rahmen ihrer ersten pressekonferenz seit der gruendung vor mehr als eineinhalb jahren. in vertretung des durch die budget-debatte des wiener gemeinderates verhinderten aufsichtsratsvorsitzenden, stadtrat dkfm. alfred h i n t s c h i g , standen dessen stellvertreter, senatsrat dr. heinrich h o r n y , sowie wibag-geschaeftsfuehrer direktor anton m a y e r h o f e r den pressevertretern zur verfuegung.

32 firmen angesiedelt

die erfolgsbilanz der wibag beinhaltet die vergabe von industrieflaechen an bisher 32 firmen, darunter zuletzt an den groessten snack-hersteller im efta-raum, die schweizer firma kelly.

fuer die infrastrukturelle aufschliessung der vier grossen betriebsbauflaechen scheydgasse, zuhof, trabrennvereinsgruende, perfektastrasse (rund eine million quadratmeter) wurden bisher 280 millionen schilling bewilligt. sechs weitere teilflaechen (rund 600.000 quadratmeter) wurden 1970 fuer die aufschliessung mit einem betrag von 130 millionen schilling bereitgestellt. damit stellte die stadt wien bisher 410 millionen fuer die infrastrukturelle erschliessung von betriebsbaugebieten zur verfuegung, auf denen 22.000 bis 26.000 neue arbeitsplaetze geschaffen werden.

stadtverwaltung stimuliert

die stimulierende wirkung der stadtverwaltung beinhaltet auch kredithilfen fuer an- und umsiedlungswillige betriebe. im rahmen dieser kreditaktion der stadt wien wurden bisher 35 antraege fuer kredite in der hoehe von 336 millionen schilling gestellt, wovon 25 antraege mit einer kreditsumme von 219,3 millionen schilling bereits bewilligt sind.

im rahmen der pressekonferenz teilte senatsrat dr. h o r n y auch mit, dass fuer die wiener industrie in den naechsten jahren

./.

rund neun millionen quadratmeter baugruende noetig sind und die stadtverwaltung sich bemuehen werde, diesen bedarf zu befriedigen.

vier hauptprobleme

als die vier hauptprobleme, die der wibag zu schaffen machen, nannte direktor mayerhofer 1. den mangel an infrastrukturell erschlossenen grundstuecken, 2. koordinierungsschwierigkeiten mit der post, was sich erschwerend auf die bereitstellung von telefonanschluesen auswirkt, 3. starke konkurrenz des auslandes mit dumpingpreisen fuer grundstuecke und 4. das fehlen des gemeinnuetzigen s t a t u s der wibag, was im vergleich zu auslaendischen konkurrenzgesellschaften steuertechnische nachteile mit sich bringt.

direktor mayerhofer unterstrich auch die bedeutung des full-service-charakters der wibag, die dem investor von der bodenuntersuchung bis zur kreditbeschaffung objektiv und mit strengster diskretion an die hand geht, wesentlich sei es, dass der an wien interessierte industriebetrieb dabei ein klima positiver bereit-schaft vorfindet.

1526

preisguenstige gemuese- und obstsorten

21 wien, 16.12. (rk) das marktamt der stadt wien teilt mit: heute waren auf den wiener maerkten folgende gemuese- und obstsorten besonders preisguenstig:

gemuese: chinakohl 3 schilling, karotten 4 bis 6 schilling, kohl 5 schilling je kilogramm.

obst: aepfel (qualitaetsklasse 2) 6 schilling, mandarinen 7 bis 8 schilling, orangen 5.50 schilling je kilogramm.

1402

fischhandel bangt um weihnachtsgeschaeft - untersuchung ergab
ungefaehrlichkeit der karpfen

25 wien, 16.12. (rk) in einer pressekonferenz, die von der sektion lebens- und genussmittel der wiener handelskammer veranstaltet wurde, nahmen mittwoch vormittag die fischhaendler zum alarm um den wiener fischmarkt stellung. die fischgrosshaendler betonten bei dieser pressekonferenz, dass die alarmmeldungen der juengsten zeit ungerechtfertigt erfolgt seien. der fischgrosshandel, aber auch der einzelhandel, befuerchte schweren schaden durch diese berichte. es sei keineswegs richtig, dass die im wiener fischmarkt gekalteten karpfen gesundheitsschaedlich sind.

dies bestaetigte auch der vertreter der marktamtsdirektion, oberamtsrat r o n f t , der als gast an dieser pressekonferenz teilnahm. ronft stellte klar, dass die marktamtsdirektion keineswegs dem fischhandel schuetzenhilfe leisten wolle. das marktamt sei in erster linie dazu da, den konsumenten zu schuetzen. wirtschaftliche ueberlegungen duerften dabei keine rolle spielen. die letzten untersuchungen von karpfen aus dem donaukanal, die am 11. und 15. dezember 1970 durchgefuehrt wurden, haben jedoch keine anhaltspunkte fuer eine gefaehrdung von menschen ergeben, betonte oberamtsrat ronft. von den laufenden untersuchungen abgesehen, hat das marktamt in hinblick auf die zunehmende gewaesserverschmutzung bereits ende 1969 einen antrag an die wasserrechtsbehoerde gestellt, ein verfahren zur pruefung der sanitaeren und hygienischen zulaessigkeit der weiteren waesserung von fischen im donaukanal einzuleiten und eventuell eine geeignetere stelle ausfindig zu machen. dieses verfahren ist noch nicht abgeschlossen.

wohnbaufoerderung: 3.609 wohnungen

24 wien, 16.12. (rk) mittwoch wurde unter vorsitz von stadtrat
s u t t n e r die 10. geschaeftssitzung des beirates fuer die
wohnbaufoerderung 1968 und die 4. geschaeftssitzung des beirates
nach dem wohnungsverbesserungsgesetz abgehalten. im rahmen der
wohnbaufoerderung 1968 wurden antraege fuer 2.527 wohnungen und
13 geschaeftslokale mit insgesamt 406,199.800 schilling positiv
begutachtet. im rahmen der wohnungsverbesserung wurden antraege
mit gesamtDarlehen von 17,065.207 schilling positiv erledigt. es
handelt sich hier um gemeinschaftsanlagen und um verbesserungen
in einzelwohnungen. insgesamt werden damit 1.082 wohnungen saniert.
1527

toedlicher arbeitsunfall
arbeiter von erdmassen verschuettet

32 wien, 16.12. (rk) bei kanalverlegungsarbeiten in der dirn-
himgasse in liesing ereignete sich heute mittag ein toedlicher
unfall. der 48jaehrige mauerer robert h e m b a c h aus wien-
penzing wurde in einer vier meter tiefen, nur teilweise gepoelzten
kuenette von abrutschenden erdmassen verschuettet. die feuerwehr
barg das unfallopfer. jede hilfe war aber bereits zu spaet.
1737

zusammenstoss auf dem schwarzenbergplatz

16 wien, 16.12. (rk) mittwoch um 6.07 uhr kam es auf dem
schwarzenbergplatz zu einem zusammenstoss zwischen einem gelenkzug
der strassenbahnlinie g2, einem lkw und einem pkw. die beiden kraft-
fahrzeuge wurden dabei schwer beschaedigt. verletzt wurde niemand.
der strassenbahnverkehr war 56 minuten lang unterbrochen.
1254

(Fortsetzung des Sitzungsberichtes)

Wohnungsdebatte

=====

Wien, 16.12. (RK) GR. Wölger (DFP) deponierte zunächst Beschwerden über Mißstände im Wiener Wohnungswesen. Er meinte, daß der soziale Wohnbau in Wien wohl propagiert, jedoch keineswegs durchgeführt werde. So bürde man den Wohnungswerbern und hier insbesondere den jungen Eheleuten und kinderreichen Familien zu hohe Lasten auf. Als der Redner behauptete, daß die Wohnungsvergabe seitens der Gemeinde Wien nur nach politischen Erwägungen praktiziert werde, kam es zu erregten Zwischenrufen seitens der sozialistischen Fraktion (GR. Windisch: Das sind gemeine Verdächtigungen der Beamtenschaft).

Am Schluß seiner Ausführungen reklamierte der Redner eine entsprechende Zahl von Kinderspielplätzen bei den städtischen Wohnhausanlagen und stellte in diesem Zusammenhang die Anfrage, wie viele es davon eigentlich derzeit in Wien gebe?

Zum Voranschlag meinte er, daß seine Fraktion, solange keine andere Wohnungspolitik in Wien praktiziert werde, diesem ihre Zustimmung verweigern müsse.

GR. Dr. Schmidt (FPÖ): Die Novelle zum Wohnbauförderungsgesetz sei eigentumsfeindlich und beinhalte keine brauchbare Wohnbauförderung. Die Bauwerber von Eigentumswohnungen werden hauptsächlich auf den Kapitalmarkt verwiesen. Durch dessen verstärkte Heranziehung werden für den einzelnen Förderungswerber aber höhere Kosten entstehen, auch wenn im Entwurf der Novelle höhere Annuitätenzuschüsse vorgesehen sind. Es sei zu befürchten, daß durch die verstärkte Kreditinanspruchnahme die Kredite teurer werden, wenn sie dann überhaupt noch infolge Verknappung der Mittel zu bekommen sind.

Als zu langwierig und kompliziert bezeichnet den Redner den Instanzenzug zur Erlangung von Förderungsmitteln. Er regt die Abhaltung von Sitzungen des Wohnbauförderungsbeirates in kürzeren Zeiträumen an, da das derzeitige Zusammentreten alle drei Monate zu lange Verzögerungen mit sich bringe. Im Gesetz sei ausdrücklich festgehalten, daß Anträge innerhalb von drei Monaten schriftlich zu erledigen sind.

Der Redner urgiert die immer wieder verlangte Möglichkeit der Einzahlung des Mietzinses in städtischen Wohnhäusern mittels Erlagscheins oder über Bankanweisung.

Überrascht habe die Mitteilung, daß die Zahl der Wohnungsvormerkungen gesunken sei. Der Redner weist an Hand von Zahlen nach, daß dieser Rückgang nur durch Anlegung eines strengeren Maßstabes möglich sein könnte. Als durchschnittliche Wartezeit auf eine Gemeindewohnung werden drei Jahre angegeben. Das würde bedeuten, daß alle Vormerkungsfälle bis zum Jahre 1966 erledigt worden wären. Es gäbe aber viele Fälle, die seinerzeit nicht in Vormerkung genommen wurden, nach der erfolgten Lockerung der Vormerkungsbestimmungen nun aber auch berücksichtigt werden müßten. In begründeten Fällen sollte man nicht daran festhalten, daß ein Wohnungsbedarf wegen "Unzumutbarkeit" nur dann besteht, wenn Überbelag gegeben ist.

Die Wohnungsvergabe müßte unter Kontrolle der Öffentlichkeit erfolgen.

Befürchtungen über Mietzinserhöhungen in den städtischen Wohnhausanlagen gab GR. Kowarsch (ÖVP) Ausdruck. Bei den Eingängen aus Mietzinsen sind nämlich im Voranschlag 712 Millionen Schilling angeführt, um 121 Millionen mehr als im Vorjahr. Sollten die Mehreinnahmen aus Neuzugängen an Wohnungen kommen, müßten heuer 11.911 Wohnungen der Type C übergeben werden, vorgesehen sei jedoch nur die Übergabe von 5.000 Wohnungen verschiedener Typen.

Wenn die 180.000 Gemeindemieter den Mehrbetrag aufbringen müssen, entfallen auf jeden einzelnen 390 Schilling pro Jahr oder 32,50 Schilling im Monat.

Bei den Wäschereien waren an Raum- und Hauskosten im Vorjahr 80.000 Schilling eingesetzt, heuer seien es 330.000 Schilling.

Nach einem Bericht der Gemeindezeitung steigt die Belastung durch den Wohnungsaufwand am stärksten bei Wohnungen, die vor 1919 gebaut wurden, sowie bei Neubauten nach 1961. Bisher seien zehn Familien aus finanziellen Gründen delogiert worden. Das sind zwar nur wenige, aber diese Zahl könnte sich erhöhen. Es wäre notwendig, Wohnwerber besser über die Kosten zu beraten, damit sie sich nicht übernehmen.

Hauptursache der Wohnungsnot in Wien sei der große Anteil des Althausbestandes. Es gibt viele Reparaturen, immer wieder müsse der unselige Paragraph 7 angewendet werden. Die betroffenen Mieter müssen oft ein Mehrfaches des bisherigen Mietzinses bezahlen. Die Mietzinsbeihilfe sei völlig unzureichend, um hier wirksam zu helfen. Die ÖVP werde daher auf Bundesebene beantragen, die Paragraph 7-Fälle in das Wohnungsverbesserungsgesetz einzubeziehen. Dieses Gesetz bezeichnete der Debattenredner als einen wichtigen Schritt zur Erhaltung des Althausbestandes. Einer der Hauptnutznießer sei Wien, wo vielen Mietern geholfen werden konnte, vor allem durch den Einbau von Aufzügen.

Anschließend kam GR. Kowarsch auf Instandsetzungsarbeiten bei städtischen Wohnbauten an der Langen Lüssen zu sprechen, die erst vor sieben Jahren übergeben worden waren. Entweder sei damals nicht ordentlich gearbeitet worden oder die Kontrolle habe versagt. Die Erklärung dafür, daß die Reparaturen so rasch in Angriff genommen wurden, sei wohl darin zu suchen, weil in dieser Gegend viel Prominenz wohne.

Nachdem er eine Lockerung der Vormerkbestimmungen verlangt hatte, forderte der Debattenredner den vermehrten Bau von Wohnungen der Type C (zweieinhalb Zimmer), da diese Wohnungen am meisten gefragt sind.

Dann brachte GR. Kowarsch einen Antrag ein, die Stadtverwaltung möge beim Wohnungstausch von Baukostenzuschuß nach den Bestimmungen des Wiener Wohnbaufonds Abstand nehmen. Wer seine Wohnung tauschen will, soll keine Nachteile erleiden, außerdem könnte damit die Mobilität der Mieter wesentlich verbessert werden.

Abschließend stellte der Debattenredner fest, daß Wohnwerber von den Beamten in den Außenstellen des Wohnungsamtes oft rüde behandelt werden und forderte rasche Abstellung dieses Mißstandes.

GR. Hahn (ÖVP) schilderte die Entwicklung der Neuen Wiener Wohnbauaktion und kritisierte dabei besonders die zu niedrige Höchstgrenze des Förderungsbetrages pro Wohnung, die 165.000 Schilling beträgt. Die Aktion kennt keine Einkommensgrenze und wird daher vielfach von Personen mit höheren Einkommen beansprucht, die auch eine größere Wohnung haben wollen. Rechnet man Baukosten von 320.000 Schilling für eine 80-Quadratmeter-Wohnung, ohne Grundanteil, so ergibt sich ein sehr hoher Betrag, der durch die Förderung nicht gedeckt ist. Wie ist derzeit überhaupt die Situation? Gibt es noch Ansuchen in Rahmen dieser Aktion?

Fehlschläge entstanden auch dadurch, daß es anfangs keine Kontrolle gab wie bei anderen Förderungsfonds. Das Gewerkschaftsorgan "Solidarität" hat von Reihenhäusern berichtet, die ein Realitätenhändler in Simmering errichtet hat. Siebzehn Familien mußten dort schon 310.000 Schilling pro Reihnhaus bezahlen und die Häuser verfallen bereits. Das sei kein Einzelfall.

./.

GR. Hahn sprach sich für eine einheitliche Art der Wohnbaufinanzierung aus. Er bezeichnete es als "einmalig", wie es VBgn. Slavik verstanden habe, die von ihm vorher so schlecht gemachte Wohnbauförderung 1968 auszunützen. Wenn in den folgenden Jahren die Rückstände aus den Jahren 1968 und 1969 aufgeholt werden und damit die Wohnbauleistung gesteigert wird, solle das die SPÖ allerdings nicht als ihr Verdienst beanspruchen, denn es werde ja nur dadurch mehr gebaut, daß in den beiden vergangenen Jahren weniger gebaut wurde.

Der Weg von Beirat zur Landesregierung dauere noch immer durchschnittlich ein Jahr und sei also zu lang. Zum Teil trügen daran sicher die Förderungswerber die Schuld, aber es spiele auch eine Rolle, daß es in der zuständigen Magistratsabteilung zu wenig Beante gibt. Man solle auch in offenen Aussprachen mit den Wohnbauvereinigungen klären, welche auf eine rasche Erledigung ihres Ansuchen Wert lege und welche Zeit habe.

Bedenklich sei, daß nur 1,5 Prozent der Förderungsbeträge für Geschäftslokale beansprucht werden, während das Gesetz eine Höchstgrenze von 20 Prozent festsetze. Der geringe Anteil der Lokale bedeute eine schlechte Versorgung der Bevölkerung in Wohnbaugebieten. Es bleibe auch die Frage offen, was mit den Parterrewohnungen geschehe, denn sie seien auch als Wohnungen nicht attraktiv. Denkbar wäre der Einbau von Garagen, aber dazu müßten die Finanzierungsmethoden verbessert werden, um eine untragbare Belastung der Mieter zu vermeiden.

Eingehend setzte sich GR. Hahn mit dem "Moser-Konzept" eines neuen Systems der Wohnbauförderung auseinander. Das wachsende Defizit, das dieses System verursachen müßte, trüge eindeutig inflationistische Tendenzen, die von der ÖVP energisch abgelehnt würden. Man solle jedenfalls über die Wohnbauförderung im Parlament nicht mit einer Zufallsmehrheit entscheiden.

Auf Zwischenrufe von SPÖ und FPÖ, daß es im Parlament keine "Zufallsmehrheit", sondern nur die von den Wählern geschaffenen Mehrheitsmöglichkeiten gebe, präzisierte GR. Hahn, er wünsche sich, daß Veränderungen der Wohnbauförderung von allen drei Parteien gemeinsam beschlossen würden.

Dem SPÖ-Konzept, das eine Belastung der Wohnungswerber mit neun Schilling pro Quadratmeter vorsehe, stellte Hahn das ÖVP-Konzept gegenüber, das 13 Schilling pro Quadratmeter in Verbindung mit attraktiven Wohnbeihilfen für Familien mit geringerem Einkommen vorsehe. Er persönlich könne sich einen Kompromiß vorstellen, nämlich eine von Jahr zu Jahr steigende Belastung - von neun Schilling im ersten bis zu 13 Schilling ab dem 5. Jahr. Schließlich sei die Belastung im ersten Jahr, in dem auch die Einrichtung geschaffen werden muß, besonders groß, außerdem steigen im Normalfall die Einkommen im Laufe der Jahre.

GR. Windisch (SPÖ) erläuterte die sozialistische Zielsetzung in der Wohnbaupolitik: Das Hautanliegen sei eine wesentliche Erhöhung der Wohnbauleistung zu erschwinglichen Preisen. Wenn sein Vorredner Hahn gesagt habe, die Wohnbauförderung 1968 sei nicht schlecht und dabei mache die Quadratmeterbelastung bis zu 20 Schilling aus, dann müsse man fragen, was daran gut sei. Nach den Plänen von Bautenminister Moser würde die Quadratmeterbelastung jedoch bei neun Schilling liegen.

Windisch ging auch auf den Vorwurf des Freiheitlichen Dr. Schmidt ein, die SPÖ sei in der Wohnbaupolitik eigentumsfeindlich. Er habe weder etwas gegen das Wohnungseigentum, noch etwas dagegen, daß Vermögen gebildet werde. Aber um Vermögen zu bilden, sollten die Interessenten auch mehr zahlen als jene, die lediglich ihren Wohnungsbedarf decken wollten. Der Wohnungseigentumsgedanke sei zudem in den letzten 20 Jahren ähnlich den Waschmitteln angepriesen worden, ohne daß auf dessen Nachteile hingewiesen worden wäre. Es gebe Dutzende Beispiele dafür, daß es zu kostspieligen Streitigkeiten unter den einzelnen Wohnungseigentümern etwa wegen der Reparaturen gekommen sei.

Windisch meinte sodann, die Mobilität beim genossenschaftlichen Wohnbau sei die gleiche wie bei Eigentumswohnungen, da ja auch bei der Aufgabe einer Genossenschaftswohnung der Baukostenzuschuß und allfällige Investitionen rückerstattet würden. ("Ja, aber jeder Neubau ist zufolge der gestiegenen Preise teurer", rief Hahn von der ÖVP, dem Hans Mayr, SPÖ, in einem weiteren Zwischenruf replizierte, daß es eben nicht angehe, Vermögen mit Hilfe einer öffentlichen Förderung zu erhöhen).

Abschließend brachte Windisch noch einige Ziffern über die Auswirkungen des Wohnungsverbesserungsgesetzes: 1970 hätten 233 Hauseigentümer - 1.669 Wohnungen - Ansuchen um Mittel aus diesem Gesetz gestellt, wofür 7,5 Millionen vorhanden gewesen seien. Es sei jedoch nur eine Million Schilling tatsächlich verwendet worden, was zu einer Verbesserung von etwa 1000 Wohnungen geführt habe. Wenn aber die ÖVP selbst erklärt habe, es gebe in Wien 130.000 Wohnungen, die älter als 90 Jahre und weitere 330.000 Wohnungen, die zwischen 50 und 90 Jahre alt seien, dann müsse man von einer Frozzelei sprechen.

GR. Maria Szöllösi (SPÖ) bedauerte, daß sich die Wohnbautätigkeit derzeit vorwiegend auf die Randbezirke konzentriere. Dies sei freilich eine Folge des großen Baugrundmangels, führe aber zur Veralterung der Kerngebiete der Stadt. Gesetzliche Maßnahmen für die Stadterneuerung hält die Rednerin daher für dringend erforderlich und verwies auf eine entsprechende Initiative der Bundesregierung im kommenden Jahr. Freilich könne das Problem der Stadterneuerung nicht allein durch die Gemeinde gelöst werden. Es sei auch die Mithilfe der gemeinnützigen Wohnbauvereinigungen notwendig, für die allerdings wegen ihrer derzeitigen Vielfalt noch Formen der Konzentration gefunden werden müßten.

Die Tätigkeit der städtischen Wohnhäuserverwaltung verlaufe trotz mancher Schwierigkeiten reibungslos. Den durch eine Enquete zu Tage getretenen Wunsch, Grünflächen in Spielwiesen für Kinder zu verwandeln, begrüßte Gemeinderätin Szöllösi.

Freilich sei hier noch die Sammlung von Erfahrungen wünschenswert, da bei den bisherigen Versuchen die Grünflächen in kürzester Zeit zerstört wurden. Die Arbeit der städtischen Hausbesorger sei zum überwiegenden Teil zufriedenstellend, mit dem neuen Hausbesorgergesetz trete auch eine Neubewertung ihrer Arbeit ein. Die Rednerin appellierte an den Gemeinsinn der Mieter, die sich auch selbst um die Ordnung innerhalb der Wohnhausanlagen kümmern sollten.

Den nachträglichen Einbau von Personenaufzügen begrüßte die Gemeinderätin im Interesse der alten Menschen, desgleichen die Aktion zur Verstärkung von Steigleitungen. Schließlich meldete Maria Szöllösi als Mandatarin von Floridsdorf das Interesse der Mieter einiger städtischer Wohnhausanlagen an einem künftigen Fernheizanschluß an.

Heftig wies Stadtrat Suttner in seinem Schlußwort den Vorwurf zurück, die Wohnungsvergabe erfolge nach parteipolitischen Erwägungen. Bei der Wohnungsvergabe werde zwar der Computer herangezogen, es gebe aber noch keine "politischen Röntgengeräte", um festzustellen, welcher Partei der Wohnungswerber angehöre. Es sei freilich klar, daß mehr Wähler der SPÖ Gemeindewohnungen erhalten als beispielsweise Wähler der ÖFP.

Er sei froh darüber, daß sich die Wohnungssituation insgesamt in Wien entscheidend verbessert habe. Nicht nur bei der Stadt Wien sei die Zahl der Wohnungswerber geringer als je zuvor, auch auf dem privaten Wohnungssektor habe sich die Lage sehr verbessert.

Zur Klage, daß alte Leute sehr oft in weit entfernte Gebiete übersiedeln müssen, meinte Stadtrat Suttner: "Natürlich wäre es uns lieber, diese Leute in der Nähe ihrer alten Wohngegend anzusiedeln. Wir müssen uns aber danach richten, wo Wohnungen frei sind. Und die Entwicklung zeigt, daß eben nicht überall gebaut werden kann. Ein Assanierungsgesetz würde auch hier Probleme ändern."

Eine bargeldlose Mietzinseinhebung sei derzeit deswegen nicht opportun, weil eine Befragung aller Mieter ergeben habe, daß nur 25 Prozent ein Girokonto besitzen.

75 Prozent hätten sich bei dieser Befragung für die Bezahlung beim Hausbesorger ausgesprochen. Einzahlung durch Girokonto und beim Hausbesorger sei deswegen nicht gut möglich, weil dadurch zusätzliche administrative Schwierigkeiten entstehen würden. Zum konkreten Fall eines Mieters, der mit der Stadt Wien wegen der Art der Bezahlung prozessiert, stellte der Stadtrat fest: In Zeitungen wurde der Anschein erweckt, als sei dieser Mieter ein Märtyrer behördlicher Tyrannei. Tatsache ist, daß dieser Mann monatelang seine Miete erst gegen Ende des Monats bezahlt und drei Monate lang überhaupt keine Miete entrichtet hatte.

Zur Wohnbauförderung: Der Behauptung der ÖVP, die Regierungsvorlage sei eigentumsfeindlich, könne er nur entgegenhalten, daß die Regelungen der Bundesländer Salzburg und Vorarlberg in Zusammenhang mit der Förderung von Eigenheimen und Eigentumswohnungen viel schlechter als diese Regierungsvorlage sind.

Eingehend widmete sich Stadtrat Suttner in Schlußwort dem Problem der Baukosten: Es ist Tatsache, daß die Grundpreise davonlaufen und daß es sicher keine tragbare Lösung ist, wenn günstigere Förderungsmodalitäten durch steigende Grundpreise paralytisiert werden. Was die Baupreise betrifft, so ist es unangebracht, für deren Steigerung allein die Entwicklung der Bauarbeiterlöhne verantwortlich zu machen. Wenn man in übrigen den von GR.Hahn angestellten Belastungsberechnungen folgen wollte, müßte man das Bauen überhaupt einstellen.

Garagenbau: Wie immer die Erfordernisse auf diesen Sektor sein mögen - es ist jedenfalls problematisch, mit Wohnbaugeldern gewissermaßen einen "sozialen Garagenbau" zu betreiben.

Wohnbauförderungsbeirat: Bisher sind keine - also auch keine privaten - Ansuchen liegengeblieben, vorausgesetzt daß alle nötigen Unterlagen eingereicht worden sind. Das wird auch weiterhin so bleiben.

Grundsätzlich stellte Stadtrat Suttner am Ende fest, daß die Bundeshauptstadt durch ihre Wohnungspolitik die Verantwortung übernommen habe, daß "die Bürger dieser Stadt zu entsprechenden Preisen entsprechend wohnen können".

./.

Wien liege sowohl bei den Genossenschafts- als auch bei den Gemeindewohnungen unter dem gesamtösterreichischen Durchschnitt der Mietpreise. Der richtige Weg der letzten 50 Jahre werde durch die Ansätze des Budgets 1971 fortgesetzt.

Abstimmung: Die Ansätze der Verwaltungsgruppe XI (Wohnwesen) wurden mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP angenommen.

Ein ÖVP-Antrag (Vermeidung sozialer Härten) wurde einstimmig zugewiesen, eine DFP-Anfrage wird von Stadtrat Suttner schriftlich beantwortet.

Unterbrechung der Sitzung um 19.40 Uhr.

Die Beratungen werden morgen Donnerstag, den 17. Dezember, um 9 Uhr, mit der Behandlung über die Verwaltungsgruppe XII (Wirtschaftsangelegenheiten), Referent Stadtrat Dr. Pius Prutscher (ÖVP), fortgesetzt.

- - -